

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 80 J.  
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 6. Februar 1897.

Inserate die dreispaltige Zeile über deren Raum 30 J  
Redaktion und Expedition:  
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** Die deutsche Metallindustrie. — Zum Ausbau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. — Zum Protest der Verwaltungen Frankfurt a. M. u. Bodenheim gegen die vom Vorstand bestimmten Wahlabsichtungen. — Der Ausstand der Hafnarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenz aus Berlin. — Literarisches.

## Achtung!

Der Zuzug von Arbeitern aller Branchen nach Hamburg ist wegen des Hafnarbeiterstreiks strengstens fernzuhalten. Freunde und Kollegen! Unterstützt die Streikenden nach Kräften, damit sie den Sieg erringen!

## Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten: von Formern und Gießereiarbeitern nach **Berlin** (Hartung) St., **München** (Landes) St. u. **Schwelm** (Firma Behn) St.; nach **Dinglingen** in Baden u. **Stuttgart** (C. Häußler) St.; von Gelbgießern, Drechern und Würtlern nach **Hamburg** (Fleß Söhne); von Klempnern nach **Flensburg** (Blechwaarenfabrik Chr. J. Möller); von Arbeitern der Fahrradbranche nach **Sielefeld** (Koch & Co.), **Frankfurt a. M.** (Kleber), **Stettin** (Stöwer & Co.) v. St.; Arbeitern der Gasbeleuchtungs- und Apparatenbranche nach **Frankfurt-Bodenheim** (Gebrüder Hintich); von Klempnern, Emailarbeitern, Schlossern, Maschinenbauern und Metallarbeitern aller Berufe nach **Lübeck** St.; von Klempnern nach **Offenburg** i. Baden (Blechwerkmeister und Installateur Adolf Benz); von Schlossern und Drechern nach **Halle** an der Saale (Maschinenfabrik Krebs); von Formern, Schlossern und Drechern nach **Pforzheim** (Benzler); von Kesselschmiedern nach **Kassel** (Benzler u. Sohn). (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, alle übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streik in Aussicht.)

## Die deutsche Metallindustrie.

H. W. Schon an den Hauptergebnissen der Berufszählung von 1895 kann man bei der Vergleichung mit der Zählung von 1882 die fortschreitende Industrialisierung Deutschlands erkennen. Noch eindringlichere Resultate liefert aber die Betrachtung einzelner Berufe, deren Entwicklung den Industriestaat besonders charakterisiert. Aus diesem wollen wir diesmal die Metallindustrie herausgreifen.

Uebrigens ist die Darstellung der Entwicklung der Metallindustrie nach der amtlichen Zusammenstellung der Berufszählungsergebnisse ziemlich schwierig. Das Verfahren bei der Zusammenstellung ist recht anspruchsvoll. Man hat da zunächst eine Abtheilung „Metallverarbeitung“; die umfaßt in 25 gesonderten Gruppen alle Berufsarten, die sich mit der Herstellung ausschließlich oder fast ausschließlich metallener Gegenstände irgend welcher Art beschäftigen. Dann hat man die Abtheilung „Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate“.

Wie ungerne man das Verfahren, das man bei Einreihung der gezählten Erwerbsthätigen in die einzelnen Gruppen angewendet hat, zur Erkenntnis der Berufsgliederung der Bevölkerung ist, zeigen folgende Erwägungen: In der Abtheilung „Maschinen“ u. ist eine besondere Gruppe, die speziell die Maschinenindustrie (Kraft- und Werkzeugmaschinen) darstellen soll. In ihr sind alle Selbständigen der Maschinenindustrie gezählt, die in der Maschinenindustrie thätigen Arbeiter aber nur zu einem Bruchtheile. Es sind z. B. alle Schmiede (Arbeiter) mit Ausnahme der Kesselschmiede in der Gruppe „Grobschmiede“ aufgeführt, stehen also dort den selbständigen Schmiedemeistern, worunter auch die Hufschmiede, gegenüber, also zum großen Theile Kleinmeistern, und geben so der Schmiedegruppe ein ganz unzutreffendes Gepräge. Die Arbeit

des Maschinenschmiedes ist überdies eine wesentlich andere wie die des Hufschmiedes.

Ebenso ist es mit den Schlossern. Sämtliche Schlossergesellen sind in der Gruppe „Schlosser“, gleichviel, ob sie in der Maschinenindustrie, ob bei Baukonstruktionen, ob in der Eisenmöbelbranche, ob beim kleinen Bau- oder Gaschlosser, beim Kunstschlosser oder sonstwo arbeiten. Schlosser und Schmiede bilden aber doch einen sehr wesentlichen Theil der in der Maschinenindustrie thätigen Arbeiter. Ja sogar sämtliche Eisendreher sind in der Gruppe der Schlosser aufgenommen, während wohl der größte Theil der Eisendreher in Maschinenfabriken thätig sein dürfte. Das Merkmal des Berufs ist es aber sicher nicht, ob der Arbeiter mit Feuertange und Schmiedehammer oder mit der Feile hantirt, sondern ob er beim Maschinenbau beschäftigt ist oder ob er Pferde und Wagen beschlägt, ob er Baukonstruktionen metet oder Ornamente schmiedet.

Ein auch nur annähernd sicheres Urtheil läßt sich daher nach der Berufszählung über die Entwicklung der Maschinenindustrie so wenig fällen, wie etwa über das Schlosser- oder Schmiedegewerbe. Das wird erst die Gewerbezählung ermöglichen. Hier müssen wir uns mit einer allgemeinen Betrachtung über die Metallindustrie begnügen. Dazu rechnen wir außer der ganzen Abtheilung „Metallverarbeitung“ aus der Abtheilung „Maschinen“ u. die Gruppen Maschinenbau (insbesondere), Büchsenmacher und sonstige Schußwaffen, Uhrmacherei, Verfertigung von mathematischen, physikalischen, chemischen und chirurgischen Instrumenten und Apparaten, Verfertigung von Lampen und anderen Beleuchtungsapparaten, endlich Elektrotechniker und Herstellung von elektrischen Maschinen, Apparaten, Anlagen u. Ausgeschlossen sind Musikinstrumente.

In dieser Begrenzung zeigt sich die Metallindustrie in außerordentlich starkem Vordringen begriffen. Während die Gesamtbevölkerung eine Zunahme von 14,4 Prozent aufweist, die industrielle aber eine solche von 26,1 Prozent, die gesammte erwerbsthätige Bevölkerung eine solche von 17,8 Prozent, so weist die in der Metallindustrie erwerbsthätige Bevölkerung eine Zunahme von 51,5 Prozent auf. Sie umfaßte 713,335 Personen im Jahre 1882 und 1,081,277 im Jahre 1895. Scheidet man die Selbständigen dieser Industrie aus und stellt ihnen die Lohnarbeiter gegenüber, so ergibt sich trotz des Umstandes, daß hier Handwerksproduktion und moderne Großindustrie hundertbunt durcheinandergewürfelt sind, eine sehr starke Verschiebung des Verhältnisses zwischen den Klassen der Besitzenden und der Lohnarbeiter. Die Selbständigen verminderten sich nämlich um 5 1/2 Prozent und zählen jetzt 174,718 Personen, die Lohnarbeiter dagegen zählten 189,731 Personen in 1882 und 873,180 im Jahre 1895, vermehrten sich also um 78 Prozent. Während 1882 auf 10 Selbständige nur 26 Lohnarbeiter entfielen, kamen 1895 auf 10 Selbständige schon 50 Lohnarbeiter.

Also schon aus dieser ganz rohen Betrachtung ergibt sich die Thatsache, daß die alte Meisterherrlichkeit vorbei ist; der Kreis der Selbständigen wird immer enger, die Zahl der beschlossenen Lohnarbeiter wächst dagegen riesig. Die Möglichkeit für die Lohnarbeiter, sich in die Klasse der Selbständigen hinaufzuarbeiten — was nach den bürgerlichen Quasialbern bekanntlich noch für jeden Tüchtigen möglich sein soll — hat sich in den 13 Jahren um die Hälfte verringert.

Aber noch stärkere Beweise für die Thatsache des starken Vordringens des kapitalistischen Großbetriebes in der Metallindustrie lassen sich aus der Berufszählung erbringen trotz ihrer sehr summarischen Behandlung. Die Zahl der kaufmännischen und technischen Hilfspersonen (nicht in der Zahl der Lohnarbeiter unbegriffen) wuchs seit 1882 um 25,4 Prozent. Sie

beträgt jetzt 43,481 gegen 12,271 im Jahre 1895. Der kleine Meister braucht weder Buchhalter noch Techniker, aber der Großbetrieb braucht sie.

Die Zahl der kaufmännischen und technischen Hilfspersonen ist es auch, die noch ein ungefähres Urtheil über die Entwicklung der Maschinenindustrie gestattet. Denn so wie die Selbständigen, so sind auch die Angestellten der Maschinenindustrie so ziemlich alle in dieser Gruppe aufgeführt. Da zeigt sich nun zunächst, daß von allen in der Metallindustrie beschäftigten Angestellten in der Gruppe „Maschinen“ die größere Hälfte, nämlich 22,135 gezählt wird. Ferner: Die Selbständigen dieser Gruppe verringerten sich um 9 Prozent, sie zählen noch 8616; auf 10 Selbständige kamen 1882 nur 7 Angestellte, 1895 kommen auf 10 Selbständige schon 26 Angestellte, also beinahe viermal so viel. Die Maschinenfabriken haben sich also seit 1882 außerordentlich vergrößert, das Kapital hat sich konzentriert.

Von einzelnen Gruppen heben wir noch als interessant die Gruppe „Klempner und Blechwaarenfabrikation“ hervor. Hier vermehrte sich die Zahl der Selbständigen um 18 Prozent und beträgt jetzt 21,533, die Zahl der Arbeiter beträgt 59,748, was eine Zunahme gegen 1882 um 83 Prozent bedeutet, die Zahl der Angestellten vermehrte sich von 418 auf 1909, also um 356 Prozent. Der hauptsächlichste Antheil an den in dieser Gruppe vorgegangenen Verschiebungen zu Gunsten des Großbetriebes dürfte der Blechwaarenfabrikation zufallen. Diese, in den hier gegebenen Zahlen unbegriffen, ist 1895 gesondert behandelt. Da zeigt sich: während in der ganzen Gruppe 1882 auf 10 Selbständige 17 Arbeiter und 1895 erst 27 Arbeiter kommen, stehen in der Blechwaarenfabrikation 10 Selbständigen 110 Arbeiter gegenüber und 11 Angestellte; in der ganzen Gruppe kommt erst auf jeden 11. Selbständigen 1 Angestellter. Von den in der ganzen Gruppe beschäftigten 4673 weiblichen Arbeitern kommen auf die Blechwaarenfabrikation allein 4145, sie machen hier fast 1/3 der Arbeiter aus.

Die gesammte Metallindustrie weist 38,743 weibliche Arbeiter — darunter 374 „Grobschmiede“ — auf, die sich seit 1882 um 120 Prozent vermehrten. Eine größere Rolle spielen die weiblichen Arbeiter noch in der Gruppe „Nadeln, Nadelwaaren, Drahtgewebe und Drahtwaaren“, wo sie 1/4 aller Arbeiter bilden, in der Gruppe Lampen- und Beleuchtungsapparate, wo sie ebenso wie in der Gruppe „Edelmetallverarbeitung“ ungefähr 1/3 aller Arbeiter bilden.

In der Edelmetallverarbeitung haben wir 6118 Selbständige und 31,875 Arbeiter, worunter 9721 weibliche.

Noch sind zu erwähnen 9513 selbständige Hausindustrielle der gesammten Metallindustrie, die zum größten Theile ohne Gehilfen arbeiten; in den bisher gegebenen Zahlen der Selbständigen sind sie nicht unbegriffen, wohl aber ihre Gehilfen in den Zahlen der Lohnarbeiter.

Die Erkenntnis der Thatsache, daß wir nicht erst auf den Industriestaat zutreten, sondern schon mitten darin stehen, wird uns durch nichts so klar vermittelt, wie durch die Betrachtung solcher Zahlen. Der Gesetzgeber muß ihm Rechnung tragen, indem er ihre Erstlings anerkennt und die Gesetze danach einrichtet.

## Zum Ausbau des Metallarbeiterverbandes.

Keine Reiseunterstützung — keine Arbeitslosenunterstützung! Gegenwärtig tauchen von den verschiedensten Seiten gewiß ehrlich gemeinte Vorschläge auf, wie unser Verband zu kräftigen sei. „Ausbauen“ ist der technische Ausdruck, den man beliebt. Und als Mittel betrachtet man die Arbeitslosenunterstützung.

Sehr richtig bemerkt in Nr. 51 dieser Zeitung Genosse Schlegel-Berlin, daß das Unterstützungswejen leicht ein Hemmnis für unsere Organisation werden könne; sicher trägt es zur Verflüchtung des Klassenkampfes bei. Es mögen Personen, denen von Reiseunterstützung und später von Arbeitslosenunterstützung vorgerebet wird, dem Verband beitreten, aber nicht als Klassenkämpfer, sondern einfach als Unterstützungsmitglieder. Man wendet ein, es soll ja nur ein „Agitationmittel“ sein. Ich danke. Als Lockmittel ist uns die Reiseunterstützung zu theuer; noch theurer aber wird die Arbeitslosenunterstützung. Gänzlich irrig ist die Behauptung, daß durch Gewährung von Reise- und Arbeitslosenunterstützung wir unsere Arbeitskraft zu einem höheren Preise verkaufen könnten. Die industrielle Technik ist zu weit dafür fortgeschritten, die Reiserarmee zu groß, als daß wir paar Männchen sie durch solche Mittelchen bekämpfen könnten. Wenn alle Arbeiter durch Gesetz verpflichtet wären, der Arbeitslosenunterstützungskasse beizutreten, dann könnte man darüber reden; und auch dann würde es nicht möglich sein, nur aus Beiträgen der Arbeiter die Kosten zu tragen. Bei Einführung der Unterstützung resp. der durch sie bedingten hohen Beiträge, scheiden von den für den Verband in Frage kommenden Arbeitern eine ganze Reihe aus: Diejenigen, welche, ob nun mit Recht oder Unrecht, glauben auf die Unterstützung nicht angewiesen zu sein; Diejenigen, welche in den Gewerkschaften keine Unterstützungsanstalten sehen wollen, und vor Allem die große Masse Derer, welche noch nicht einmal 20 J Beitrag zahlen können.

Und hiebei ein Wort über die Beiträge. Sie sollen hoch sein, wenn die Gewerkschaft etwas leisten soll. Schön. Aber je höher die Beiträge, desto mehr Metallarbeitern ist der Eintritt oder die dauernde Mitgliedschaft unmöglich. Man verweise mich nicht auf das Beispiel von den Buchdruckern; sie sind organisiert, sie sind's auch nicht. Ja, 80 000 Aufnahmen haben wir in den letzten 5 Jahren im Verbands gemacht; was ist geblieben? Kaum 12 000 Zuwachs. Warum? „Weil man zu wenig bietet in Unterstützung“, höre ich eine Stimme aus Stuttgart und eine aus Nürnberg rufen. Nach meiner Erfahrung sind's die Beiträge, die in der Regel monatweise bezahlt werden; sind es nun zwei Monate, so macht die Geschichte ja 2 M., das macht das Mitglied stutzig. Ist es zu arm oder zu phlegmatisch, so bezahlt es die Schulden nicht und wird gestrichen. Das sind sehr Viele. Ist der Betreffende jung und lächerlich, so verumruht er lieber „so viel Geld“ und ist er verheiratet, so wird das häusliche Budget manchmal erheblich gestört und die „Alte“ trübsüchtig. Alle die finden auf einmal, daß der Verband „nichts bietet“ und drücken sich. Uebrig bleiben wir Wenigen, die Zeit, Kraft und Geld opfern und zum großen Theil opfert für den Allesfresser Unterstützung. Diejenigen, welche entsprechende Beiträge zahlen können, werden immer weniger, die unterstützungsbedürftig sind, immer mehr; das vollzieht sich entgegen den schönsten Humanitätsbestrebungen mit eiserner Konsequenz durch die kapitalistische Entwicklung.

Wir haben gegenwärtig einen wirtschaftlichen Aufschwung. Hat er uns eine Verbesserung unserer Lage gebracht? Nein. Ueberall schlechte Löhne, lange Arbeitszeit, miserable Behandlung. Hier hat Meyer heute 200 Mann entlassen, gestern wurden 70 bei Pinich auf's Pflaster geworfen und morgen folgen bei Lehr 170; es ist für sie keine Arbeit vorhanden. Und hauptsächlich lieben gewisse Arbeitgeber es, die organisierten Arbeiter zuerst hinauszuwerfen; das ist eine so nette Art, diese los zu werden; und in schlechten Zeiten sind wir gar nicht in der Lage uns zu reorganisieren.

Es ist eine Selbsttäuschung von denen, die glauben, durch Einführung oder Ausbau des Unterstützungswejen würde der Verband gestärkt; das würde dadurch weder finanziell noch an Zahl der Mitglieder erreicht. Im Gegentheil, viele unserer tüchtigsten und selbstlosesten Genossen werden abfallen. Der Theil, der gegen die Reiseunterstützung ist, ist gewachsen. Auf unserer ersten Generalversammlung stimmte nur ein Delegirter gegen dieselbe, auf der zweiten waren es schon 16; das haben sie gethan, weil sie die Reiseunterstützung als einseitig und ungerecht den Verheiratheten gegenüber betrachteten. Es mag sein, daß unter den 16 einige aus dem Grunde dagegen gestimmt haben mögen. Sicher aber ist, daß andere Delegirte, die für die Beibehaltung gestimmt, es aus dem Grunde gethan, weil ihnen die sofortige gänzliche Aufhebung als zu scharf erschien; sie wollten „der Sache nicht auf einmal den Schwanz abhacken“, wie seinerzeit erklärt wurde. Und was haben wir dem Einzelnen mit unserer kostspieligen Reiseunterstützung eigentlich bis jetzt geboten? Von Anfang an war sie nicht hoch. Trotzdem mußten wir beschneiden. Es gibt jetzt höchstens 15 M. auf einer Tour, höchstens 30 M.

auf mindestens zwei Touren im Jahr; 1500 Kilometer müssen dafür getippelt werden. In einem Jahr kann er nicht mehr haben, das nächste Jahr kann er wieder 30 M. holen. Ich glaube, daß ein ansehnlicher Prozentsatz unserer Reisegeld-Privilegirten dies auch thut.

Alles in Allem: diese Unterstützung ist viel zu gering, den Einzelnen in permanenter Nothlage über Wasser zu halten; uns kostet sie aber jährlich 50 000 M.; ohne die prozentualen persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten, die Entschädigungen für die Auszahler und die Zeit und Kraft, die damit vergeudet wird. „Erfahre erst die Wohlthat der Reiseunterstützung am eigenen Leibe“, ruft mir da Einer zu; nun, ich war auf der „Walz“. Durch Beilegung der Reiseunterstützung verlieren wir Mitglieder. Mag sein. Aber welche sind's denn? Nur die, die nur unterstützungshalber bei uns sind; die drei-, vier- und sechsmal so viel herausziehen als sie hineingeben. Die mögen abfallen, das ist ein finanzieller Vortheil für uns. Der Einwand, daß die Reiseunterstützung ungerecht ist, weil sie fast lediglich den Ledigen zu Gute kommt, ist gewiß berechtigt. Welcher Verheirathete entschließt sich heute noch zu walzen? Sehr oft läßt der Verheirathete sich lieber einen Abzug oder sonstige Verschlechterungen gefallen, ehe er sich entschließt zu wandern. Und wenn dies ja der Fall, dann geschieht's mit der Bahn und diese frisst die „Unterstützung“. Aber er soll ja in Zukunft Arbeitslosenunterstützung erhalten. 3 M., 4 M., 5 M., ja sogar 6 M., ganze 6 M. soll er zukünftig erhalten. So lange die Unterstützung nicht wenigstens 12—15 M. pro Woche beträgt, wird der Arbeiter, „der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Erbe“, sich gezwungen sehen, seine Arbeitskraft für 16 M. zu verkaufen.

Und nun ein paar Worte zu Dreder-Nürnberg. „Es thut mir weh, daß ich Dich in dieser Gesellschaft sehe.“ Deine Bekehrung gefällt mir nicht; als ungläubiger Saulus warst Du mir lieber, denn als arbeitslosenunterstützungsgläubiger Paulus. Thut es Deinem Gemüth keinen Eintrag, daß die evangelischen und katholischen Mudervereine, die streitbrechenden Hirsch-Dunderianer, die Sonnemänner und Konsorten zum gleichen Glauben wie Du sich durchgerungen?“ „Aus anderen Gründen, um unsere Organisation zu stärken, um den Mitgliederbestand zu erhöhen, stabilere Verhältnisse zu schaffen, feiest Du gläubig geworden“, wirst Du mir antworten. Sind denn die oben genannten Organisationen stark? Sind's die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine? Haben sie ein bisschen Klassenbewußtsein? Beihätigen sie solches? Manche, Einzelne mögen zur Einsicht kommen, und im Klassenkampf ihren Mann stellen; die große Mehrzahl aber läßt und will sich nicht eines Besseren belehren lassen, die muß aussterben. Und wir sollen ihr Erbe antreten?

Für einen Wochenbeitrag von 10—50 J., einjähriger Karenzzeit und allen anderen Sekularisirungen (auf den Vorschlag und das Reglement unseres Vorstandes komme ich ein andermal zurück) uns 3—6 M. Arbeitslosenunterstützung zu bieten, halte ich nicht für richtig. Entschieden hat Dreder recht, daß bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Reiseunterstützung fallen muß. Zweierlei Unterstützungssysteme können wir schon gar nicht haben. Wenn schon, dann ist denen recht zu geben, die sagen: So lange die Reiseunterstützung besteht, gehört sich überhaupt Arbeitslosenunterstützung, d. h. nur eine Unterstützungsform, die allen Mitgliedern zu Gute kommt. Dieses Unterstützungswejen ist ein unerträgliches Ballast für die Gewerkschaften. Im Jahre 1894 schrieb die „Metallarbeiter-Zeitung“ (ein Mitarbeiter. Red.) in der Nummer vom 14. Juli n. A.: „Die Gewerkschaften als Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu betrachten bei der gegenwärtigen Zuspitzung des Kapitalismus, heißt geradezu die Existenz der Gewerkschaften auf's Spiel setzen!“ Ich stimme dem zu.

Der „Ausbau“ des Unterstützungswejen entkleidet die Gewerkschaften ihres Zweckes; es kommt schließlich so weit, daß die Bezeichnung „Gewerkschaft“ für diese Vereinigungen unzutreffend ist, sie ist dann einfach eine Versicherungsgesellschaft ähnlich den Krankenkassen.

Für welche nur zu nothwendigen Dinge der Verband auch in den verflochtenen 2 Jahren wieder zu wenig oder gar keine Mittel hatte, werden wir ja wieder in Braunschweig hören. Die Reiseunterstützung hat wieder den größten Schaden gestiftet, die Arbeitslosenunterstützung frisst in Zukunft Alles. Weillässig bemerke ich, daß durch ihre Einführung eine bedeutende Vermehrung der Hauptverwaltungskosten entstehen wird.

Als ob wir für den Wegfall der „Unterstützung“ unseren Mitgliedern nicht Anderes und Besseres bieten könnten. Es heißt da so nett und richtig in unserem Statut, der Zweck des Verbandes sei a. A.:

„möglichste Beschränkung der Arbeitszeit, Beseitigung der Sonntagsarbeit, der Ueberstunden und der Affordarbeit unter Zugrundlegung eines Lohnes, welcher für die Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter und deren Familien ausreichend ist.“

Das erscheint mir der Hauptzweck unserer Organisation. Was ist oder konnte bisher für ihn geschehen? Setzt, wo die Metallindustriellen sich gewaltig rüsten uns zu erdrücken, kommen wir — nicht etwa mit einem angesammelten Kampffond, nicht damit, daß wir eine planmäßige und umfassende Gegenagitation organisieren — wir kommen mit einer Arbeitslosenunterstützung. Und das soll Klassenkampf sein? Eine einzige Krise wird in kurzer Zeit den Bankrott der Unterstützungs-gewerkschaft herbeiführen, falls er nicht schon früher eingetreten ist. Die einzige, beste und richtigste Arbeitslosenunterstützung und die Aufgabe der Gewerkschaften ist die Verkürzung der Arbeitszeit! Frankfurt a. M. A. Peterhans.

Wie vor dem Stattfinden jeder früheren Generalversammlung des Verbandes, so ist auch jetzt wieder die Gelegenheit geboten, praktische Erfahrungen in positive Vorschläge zum Besten der Organisation umzuwandeln. Einsendungen von Nürnberg (Dreder), Berlin u. haben schon die Debatte eingeleitet. Die bis jetzt zu Tage getretenen Meinungen befassen sich für oder gegen die Erhöhung der Beiträge. Es ist dies eine Frage, welche unserer Meinung nach nur nach den Leistungen des Verbandes oder nach Forderungen, welche man an denselben stellt, entschieden werden kann. Je weniger man beansprucht, desto weniger, und je mehr man verlangt, desto mehr muß man beisteuern.

Wir wollen heute einige andere Momente hervorheben, welche sich uns im praktischen Leben offenbart haben. Da ist es hauptsächlich die Frage, ob der Verband heute denjenigen Einfluß in den Fabriken, Werkstätten, in der Metallindustrie überhaupt, in Bezug auf Arbeits- und Lohnverhältnisse erreicht hat, den man in Anbetracht der Zeit seines Bestehens bis jetzt erwarten könnte? Wir beantworten die Frage mit „Nein“ und zwar aus folgenden Gründen. Die Eisenindustrie konzentriert sich wie jede andere Industrie mehr und mehr in Fabriken, der Handwerksbetrieb ist fast ganz beseitigt, namentlich in Bezug auf Eisenkonstruktionen, Waggons, Hoch-, Brücken- und Schiffbau; das Gleiche ist fast in allen größeren Städten mit der Kunstschlosserei der Fall. Nun ist es aber auch für jeden Schlosser eine bekannte Thatsache, daß in größeren Etablissements besser bezahlt wird wie bei dem Meister. In solchen größeren Werkstätten und Fabriken finden wir meistens einen am Ort sesshaften Arbeiterstamm, welcher in Folge Einarbeitung in die Spezialitäten des Betriebes dortselbst dauernde Arbeit hat, soweit man überhaupt von dauernder Arbeit reden kann (10—15jährige Dauer ist nicht ausgeschlossen). Solche Arbeiter werden oft Parteiführer u. und manchmal hängen alle Arbeitsverhältnisse von denselben ab. In solchen größeren Werkstätten finden wir aber auch die wichtigsten Verbandsmitglieder; ab und zu wird ein junger Kollege, der auf der Wanderschaft begriffen ist, als Helfer eingestellt, der jedoch in Folge seiner untergeordneten Stellung nur wenig oder gar nicht für den Verband agitieren kann. (Es wäre sehr zu wünschen, wenn der Vorstand der Generalversammlung eine Altersstatistik seiner Mitglieder vorlegen würde.)

Wir waren schon in vielen Versammlungen, aber stets findet man dort nur jüngere, vorwiegend fremde Mitglieder und sehr wenig ältere und einheimische. Meistens merkt man bei früheren alten Mitgliedern, sobald sich die Wanderlust legt, daß sie auch dem Verband den Rücken kehren. Der Verband hat eben das Interesse des sesshaften älteren Arbeiters nicht für sich zu wecken verstanden, und sein jetzt in Kraft befindliches Statut kann es auch nicht erwecken. In Parteikreisen finden wir sehr Viele, welche früher der Gewerkschaft angehört haben, aber nach ihrer Sesshaftmachung derselben gänzlich fern blieben.

Wir kommen hier zur Frage der Wanderunterstützung. Wir sind keine Gegner derselben, denn erstens ist sie sehr minimal, zweitens ist die Karenzzeit lang; trotzdem betrachten wir es als ein Unrecht, daß der Verheirathete am Ort, wenn er mehrere Jahre Beiträge leistet und im Falle der Arbeitslosigkeit durch Familienverhältnisse verhindert ist, zu reisen, keinen Unterstützungsanspruch gleich dem auf die Wanderschaft gehenden Kollegen hat. „Ach! Der will Arbeitslosenunterstützung“ — wird man sagen. Nur Geduld. Wir behaupten, daß die Wanderunterstützung weiter nichts ist, als eine Arbeitslosenunterstützung, nur mit dem Unterschiede, daß in vielen, ja in den meisten Fällen sogar freiwillig arbeitslos werdende junge Leute, welche Wanderlust besitzen, etwas Reisegeld-zuzuschuß erhalten, dagegen erhält Derjenige, welcher nicht

reisen kann, nichts. Das halten wir aber für ein Unrecht, oder wenigstens in Bezug auf Taktik und Agitation nicht für klug. Die Meinung, welche die theoretischen Organisatoren von der Unterstützung der Reisenden haben, bewährt sich in der Praxis nicht. Es soll der Reisende nicht die Löhne zu drücken gezwungen werden, er soll da nicht arbeiten, wo die Verhältnisse schlecht geworden sind. Da kümmert sich aber kein Mensch darum. Wir haben noch niemals einen Kollegen fragen hören, wenn er um Arbeit sprach: „Was wird hier bezahlt?“ oder: „Wie wird man hier behandelt?“, sondern meistens drückt man sich eine Zeit lang herum und geht dann weiter, ohne sich das Geringste um die Verhältnisse oder die Kollegen bekümmert zu haben. Der Zugereiste kümmert sich um sich und nicht um die Verhältnisse an dem Orte, den er wieder zu verlassen gedenkt.

Versteht man es aber, auch den seßhaften, älteren Arbeiter durch Gewährung derselben Unterstützungsrechte, wie sie der Reisende hat, für den Verband zu gewinnen, so wird sich auch der Einfluß des Verbandes in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse heben. Es ist ferner in Betracht zu ziehen, daß ein älterer besonnener Kollege viel leichter dem Verband neue Mitglieder zuführen kann als 10 jüngere, welche im Arbeitsverhältnis als Helfer oder sonstige Mitarbeiter den älteren unterstützen sind.

Ebenso verhält es sich mit den Forderungen oder der Abwehr von Verschlechterungen. Bis jetzt haben sich die älteren Kollegen meistens zurückgezogen, die jüngeren haben in den wenigsten Fällen etwas erreicht. Kann man aber bei solchen Gelegenheiten die älteren Arbeiter zum Unterhandeln verwenden, wird man entschieden bessere Resultate wie bisher erzielen.

Wir halten die Meinung, durch das Unterstützungsweisen würde die Entscheidung im Klassenkampf verzögert, für falsch. Im Gegenteil: sucht der Verband die Interessen aller Metallarbeiter für den Verband zu wecken, ihre materielle Lage so weit zu heben, daß sie Kampfes muth behalten, dann wird die Entscheidung im Klassenkampf entschieden näher rücken; während andernfalls ohne Organisation und Unterstützung ein großer Theil dem sogenannten Lumpenproletariat verfällt, welches sehr leicht im Dienste der Polizei und Unternehmer gegen die kämpfenden zielbewußten Arbeiter verwendet werden kann.

Wir müssen uns noch kurz gegen die Meinung wenden, es gehörten enorm hohe Beiträge dazu, um solches durchzuführen. Es ist das nicht der Fall; mit 30  $\mathcal{M}$  Wochenbeitrag, der jetzigen Karenzzeit und dem Maximalsatz von 35—40  $\mathcal{M}$  läßt sich viel machen. Man muß sich an das rechnerische System halten, auf dem das ganze Versicherungsweisen beruht. Außerdem empfehlen wir zur Beachtung das Statut vom „Sensfelder-Bund“ und vom „Deutschen Buchdrucker-Verband“.

Es ist auch nicht wahr, daß die alten Arbeiter die Klasse ausplündern würden; der Familienvater wird stets suchen, womöglich Arbeit zu behalten und nicht wegen jeder Kleinigkeit leichtfertig seine Stelle auf's Spiel setzen.

Nach Schluß unseres Artikels erhielten wir Nr. 3 der „Metallarbeiter-Zeitung“ mit dem Artikel des Vorstandes. Derselbe veranlaßt uns, von Stellung eines Antrages abzusehen; wir begrüßen es mit Freuden, daß man endlich von Seite des Vorstandes die Initiative ergriffen hat und behalten uns, wenn nöthig, weitere Begründung vor.

München. \* \* \* Joseph Römer.

Wohl selten sind Fragen von solcher Wichtigkeit und in die Verhältnisse einschneidender Bedeutung, wie es die in Aussicht genommene Erhöhung der Beiträge in Verbindung mit Einführung der Arbeitslosenunterstützung sind, in unserem Verbandsorgan und unseren Mitgliederversammlungen erörtert worden. Ob aber die Nothwendigkeit des Ausbaues unserer Organisation so einstimmig anerkannt wird, wie der Vorstand annimmt, will ich dahingestellt sein lassen, wenn ich auch gerne zugebe, daß Bedenken schwerwiegender Natur bis jetzt noch nicht vorgebracht worden sind und auch schwerlich vorgebracht werden können. Was mich zu dieser Annahme berechtigt, ist der Umstand, daß, was ja auch durchaus nicht abgestritten werden kann, die Leistungsfähigkeit unseres Verbandes mit den Anforderungen, welche an denselben gestellt werden, nicht gleichen Schritt hält und es mit den bisherigen Einrichtungen nicht möglich ist, hierin Remedur zu schaffen.

Ferner ist es ja eine erwiesene, unbestreitbare Thatsache, daß die in letzter Zeit stattgehabten wirtschaftlichen Kämpfe mit weit größerer Hartnäckigkeit und Heftigkeit geführt wurden als es bisher der Fall war, — ja, daß man seitens der Unternehmer, wenn diese die Macht zu haben glaubten, durch allerhand Provokationen und Schikanen die Arbeiterchaft zu unüber-

legten und deshalb für dieselben verderblichen Schritten zu verleiten suchte.

Überall arbeitet das Unternehmertum mit Hochdruck, die Arbeiter macht- und rechtlos zu machen, wobei die schmutzigsten und niederträchtigsten Mittel nicht gescheut werden. Gegenüber einer solchen Unternehmerruthlosigkeit würden die Arbeiter eine große Dummheit begehen, sie würden die Vorgänge nicht verstehen, wollten sie denselben gleichgiltig, Gewehr bei Fuß, zuschauen. Hierzu kommt noch, daß die Verbände der Unternehmer, hauptsächlich aber die der Metallindustriellen, in letzter Zeit eminente Fortschritte gemacht haben, die Herren entwickeln im Organisiren einen Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre und der den Lauen in unseren Reihen sehr zur Nachahmung empfohlen werden könnte.

Kein Wunder also, wenn man seitens derjenigen Kollegen, welche die Konsequenzen aus dieser Sachlage gezogen haben und überhaupt für die sich abspielenden Ereignisse Interesse besitzen, zu der Ansicht gekommen ist, daß unsere seitherigen Machtmittel nicht mehr genügend sind.

Auch von Seiten des Verbandsvorstandes ist man dieser Ansicht beigetreten und hat die in Nr. 3 unseres Organs in einem besonderen Artikel gemachten Vorschläge den Mitgliedern zur Diskussion unterbreitet. Es fragt sich nun, wie sich dieselben im Allgemeinen dazu stellen. Nach dem zu schließen, was bis jetzt zum Ausbau unserer Organisation von einigen Kollegen in unserem Organ vorgeschlagen und verhandelt worden ist, kann man sich auf eine lebhaftere Auseinandersetzung für und gegen die Vorstandsvorschläge gefaßt machen. Ehe ich dieselben bespreche und meine Stellung zu denselben darlege, werde ich kurz auf einige gemachte Vorschläge zurückkommen. Da sind vor Allem einige Nürnberg-Kollegen, mit deren Absicht, die Beiträge auf 40  $\mathcal{M}$  zu erhöhen, ich mich durchaus nicht einverstanden erklären kann. Glauben denn dieselben, daß Beiträge von dieser Höhe allgemein bezahlt werden könnten? Und auf was stützt sich ihre Annahme, daß dies der Fall sei? — Es ist Nichts, gar Nichts vorhanden, was dieselbe rechtfertigen könnte, auch nicht die Berufung und der Hinweis auf die hohen Beiträge anderer Verbände, weil nicht eine Organisation besteht, wo man auf die Verschiedenartigkeit der Erwerbsverhältnisse mehr Rücksicht haben müßte als es bei den Mitgliedern unseres Verbandes der Fall ist. Die Kollegen lassen eben die günstigen Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen einer Stadt oder eines Bezirks als Grundlage ihrer Vorschläge dienen, was grundfalsch ist, wenn man erwägt, daß nicht mit diesen allein, sondern mit der allgemeinen Lage der Metallarbeiter Deutschlands gerechnet werden muß.

Es gehört wirklich nicht viel Scharfsinn dazu, wenn man behauptete, daß die Annahme dieser Vorschläge der Entwicklung unseres Verbandes sehr von Nachtheil und das Eingehen vieler Zahlstellen im Gefolge haben müßte. Auch agitatorisch könnten diese hohen Beiträge unmöglich wirken, selbst wenn man den verheiratheten, orisanfähigen Mitgliedern ein Aequivalent in Gestalt der Arbeitslosenunterstützung bieten würde. Die Inseldführung von Zitaten aus der Parvus'schen Broschüre als Beweismittel kann über die vorhandenen Schwierigkeiten nicht hinweghelfen: Hier heißt es, die Zweckmäßigkeit und das Praktische der zu machenden Vorschläge mehr im Auge zu behalten als die Hauptsache.

Und hier sind wir an einem Punkte angelangt, wo bisher viel gefehlt worden ist. Speziell Kollege Breder suchte in Nr. 48 unseres Organs vom v. J. durch alle möglichen und unmöglichen Argumente zu beweisen, wie nützlich und leicht durchführbar die Beitragserhöhung auf 40  $\mathcal{M}$  in Verbindung mit der Arbeitslosenunterstützung sei. Aber wir haben hier in Hanau jetzt noch eine ganze Anzahl sonst tüchtiger, zuverlässiger Genossen, welche nach der letzten Beitragserhöhung im Juli 1895 aus dem Verbandsverbande austraten und sich bis heute nicht wieder aufnehmen ließen, nicht, weil sie nicht wollten, sondern in Folge der hier bezahlten mäßigen Löhne in Wahrheit nicht können. Schon heute stößt die Einziehung der Beiträge vielfach auf Schwierigkeiten, zu einer Zeit, wo von einer günstigen Geschäftskonjunktur gesprochen werden kann und darf. Wenn nun jetzt schon im Allgemeinen auf nicht mehr als 39 Beiträge pro Mitglied und Jahr zu rechnen ist, um wieviel ungünstiger müßte sich dieses Verhältniß gestalten, wenn die von Kollege Breder gemachten Vorschläge zur Annahme gelangten. Nicht allein, daß der Verband keinen Vortheil von einer Beitragserhöhung in solcher Höhe hätte — es würde sich auch bei vielen Kollegen bald die Unmöglichkeit zeigen, ihren Verpflichtungen nachzukommen und müßten sich dieselben wohl oder übel aus dem Verbandsverbande ausschließen lassen. Also von einem „zutraglichen Propa-

gandantittel“ kann hier unmöglich die Rede sein, man könnte zufrieden sein, wenn man die bisherigen Mitglieder dem Verbandsverbande erhalten könnte, was ich jedoch stark bezweifle.

Trotz alledem steht für mich fest, daß dem Verbandsverbande nicht im Geringsten genügt werden kann, wenn wir die Beiträge „für diesmal beim Alten lassen“, wie Genosse Götz meint, obgleich mir seine anderen Vorschläge nicht undiskutabel erscheinen. Seine stark pessimistisch durchtränkten Anschauungen über die Arbeitslosenunterstützung und die Wirkung, welche Krisen auf dieselbe ausüben könnten, kann ich nicht theilen, weil sich gar keine Grundlage vorfinden läßt, welche denselben als Stützpunkt dienen könnte. Wann sollten wir denn auch mit dem nun einmal nothwendig gewordenen Ausbau unserer Organisation beginnen? Etwa dann, wenn die Periode der Prosperität vorbei und eine verheerende Krisis im Anzuge ist? Zerbrechen wir uns doch auch die Köpfe nicht darüber, wann dieselbe kommen wird und sorgen wir schon jetzt dafür, daß Einrichtungen in unserem Verbandsverbande geschaffen werden, welche die Stabilität in denselben erhöhen und unsere Kollegen zu dauerndem Verbleibe anregen.

Wenn ich nun oben angeführt habe, daß die bisherigen Einrichtungen unseres Verbandes aus angeführten Gründen verbesserungsbedürftig seien, so soll selbstverständlich damit nicht gesagt sein, daß sich dieselben nicht seither bewährt hätten. Man kann ruhig behaupten, daß beispielsweise die Reiseunterstützung den ihr zugeordneten Zweck vollständig erfüllt und uns viele Mitglieder zugeführt hat. Vielen unserer auf Wanderschaft sich befindlichen Kollegen ist des Abends, wenn sie ermüdet nach der Herberge gesucht, durch Erhebung der Reiseunterstützung momentan geholfen worden und ist denselben dadurch manche Unannehmlichkeit erspart geblieben. Daß dieselbe aber ein „unthwendiges Uebel“ sei, mit der man sich abfinden müsse, kann ich nicht gelten lassen, selbst wenn man annehmen wollte, daß viele Kollegen nur ihretwegen in den Verband eingetreten sind, was ich dahin gestellt sein lasse. Viele bis dahin völlig Indifferente sind durch den Umgang mit organisirten Kollegen zu recht tüchtigen Genossen geworden, ohne daß das Prinzip auf irgend eine Art und Weise darunter gelitten hätte. Es kann unser Wille auch unmöglich sein, unsere Kollegen auf der Reise bis auf's Alleräußerste herunterkommen und sie dann in die Arbeitshäuser einsperren zu lassen; das wäre mir dann eine schöne „Wahrung und Förderung der geistigen und materiellen Interessen unserer Mitglieder“. Wahr ist bei der ganzen Sache, daß den ortsaussässigen, verheiratheten Kollegen die Reiseunterstützung wenig nützen kann und dieselbe fast ausnahmsweise den ledigen, auf der Wanderschaft sich befindlichen Kollegen zu Gute kommt, allerdings ein Grund mehr, an den Ausbau unseres Verbandes mit Eifer heranzutreten.

Aber was sollte auch eine weitere Beweisführung? Die Reiseunterstützung hat sich als durchaus zeitgemäß erwiesen, sie hat schon vielen Kollegen genügt und unserer Organisation nicht im Geringsten geschadet.

Was nun den Vorstandsantrag anbelangt, so werde ich der Erhöhung der Beiträge um 5  $\mathcal{M}$  in Verbindung mit der am 1. Juli 1898 in Kraft zu tretenden Arbeitslosenunterstützung beistimmen, obgleich ich hinsichtlich der Durchführbarkeit der letzteren schwere Bedenken habe. Trotz alledem glaube auch ich, daß die in Aussicht genommene geringe Erhöhung der Beiträge unter Hinweis auf die Einführung und Nützlichkeit der Arbeitslosenunterstützung sich eher begründen läßt, als bei der letzten Beitragserhöhung, wenngleich ich die Schwierigkeiten hierbei durchaus nicht verkenne. Die Begründung der Einzelheiten im Vorstandsantrage läßt sehr zu wünschen übrig, wenn man bedenkt, daß schon der Vergleich des Buchdrucker-Verbandes mit dem unseren zu eigenartigen Betrachtungen Anlaß gibt. Es hieße Wasser in den Rhein tragen, wollte ich nochmals auf die von anderen Kollegen bereits besprochenen, mächtigen Unterschiede zwischen beiden Organisationen zurückkommen.

Sodann erscheint dem Vorstande die „Annahme“ einer Arbeitslosigkeit der Anlässigen von 6 1/2 Prozent als eine „genügende Unterlage zur erstmaligen Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung“. Aber auf was stützt sich denn diese „Annahme“? Etwa auf die noch nicht einmal zu Ende geführte Arbeitslosen-Statistik; und warum hatte man denn die Sache so eilig und wartete das endgiltige Resultat derselben nicht ab? Möglich, daß dem Vorstande die Sache etwas zu lange dauerte und obige „Annahme“ dem Vorstande zur erstmaligen Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung genügte. Wenn nur das dicke Ende nicht nachkommt und wir nicht in aller Kürze in die Lage versetzt werden, mit klingender Münze das Unzuverlässige

von „Annahmen“ dokumentieren zu müssen, so kann es mir ja recht sein.

Klug gehandelt wäre es ja auch, wenn man sich durch eine in Kürze vorzunehmende Urabstimmung über die Meinung der Mitglieder zu dieser Sache orientierte, was den Vortheil hätte, daß den Delegirten zur Generalversammlung die Ausübung ihres Mandats bedeutend erleichtert würde, indem denselben dadurch die Stimmung der Mitglieder ihres Bezirks zum Vorstandsantrage bekannt würde. Eins steht hierbei nun allerdings fest: Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird in Folge der stetig zunehmenden Verschärfung des Klassenkampfes zur Nothwendigkeit; wohl oder übel werden wir uns mit der Einführung derselben beschäftigen müssen und früher oder später werden die anderen Verbände hierin folgen.

Janau. David Fuhrmann.

Wenn man das Protokoll der letzten Generalversammlung und die letzten Nummern unserer Zeitung zur Hand nimmt, so wird man nicht umhin können, einen recht unerfreulichen Umschwung zu konstatieren. Während damals die Mehrzahl der Delegirten, 54 zu 11, gegen die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung sich aussprach und zwar aus Gründen, die auch heute noch ihre volle Gültigkeit haben; während sogar 16 dieser Kollegen die bisherige Arbeitslosenunterstützung abzuschaffen geneigt waren, hat sich bisher die Mehrzahl der Artikellesenden für Einführung der Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen, mindestens aber einer Erhöhung der Beiträge das Wort geredet. Es ist dies im höchsten Grade beunruhigend für alle diejenigen, denen an einer ruhigen und gesunden Entwicklung unseres Verbandes gelegen ist, welches natürliche Wachsthum aber durch solche fragwürdige Experimente à la Dr. Eisenbart gewiß nicht gefördert wird. Auch kann es gewiß nicht zur Beruhigung dienen, wenn man jetzt sogar den Hauptvorstand im Lager dieser Kollegen erblickt und ist es gerade dessen Artikel in Nr. 3, welcher mich veranlaßt, näher darauf einzugehen. An der guten Absicht zu zweifeln fällt mir gar nicht ein, jedoch sind meine Bedenken so schwerwiegend, daß ich nicht umhin kann, dieselben zu äußern.

Obgleich der Vorstand zu Beginn des Artikels es als notwendig erachtet, die Finanzen des Verbandes durch Erhöhung der Beiträge besser zu gestalten und nur der Ansicht ist, daß mit dieser Erhöhung zugleich, als Entschädigung, eine größere Leistung verbunden werden müsse, ist er zugleich bereit, indem der Beitrag vorläufig nur um 5 % pro Woche erhöht werden soll, diese Erhöhung sowohl, als auch noch einen großen Theil des bisherigen Beitrags zu opfern dadurch, daß er dem Verbands die Last der Arbeitslosenunterstützung aufhaken will. Denn darüber wolle man sich nicht täuschen, mit 25 % Beitrag ist eine Organisation nicht im Stande, zugleich einen energischen Kampf mit den Unternehmern durchzuführen und die Opfer der heutigen Wirtschaftsweise über Wasser zu halten, sondern es dürfte bald dahin kommen, daß die Mittel trotz der jährlichen Karenzzeit für die Unterstützung draufsingen und zu den übrigen Zwecken, die uns aber doch die Hauptsache sind, weder dieses noch die Prophezen vorhanden wären, so daß wir abemals vor einer Erhöhung der Beiträge stünden. Denn auf der Magdeburger Generalversammlung wurde schon, und zwar unumwunden, ausgeführt, daß bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung, ohne Preisgabe der anderen Ziele, ein wöchentlich Beitrag von mindestens 50 % erforderlich sei und war es diese, für uns unmögliche Höhe, welche eine so impotente Mehrheit gegen den sonst sympathisch behandelten Antrag auf Arbeitslosenunterstützung zusammenbrachte.

Der Vergleich mit den Buchdruckern hinnt schon deshalb, weil in diesem Beruf ungenügende Leute nicht beschäftigt werden können, während dies bei einer ganzen Anzahl von Arbeiten in der Metallindustrie möglich ist und auch geschieht; hat sich doch schon die Beschäftigung weithin Arbeiter vielerorts eingebürgert. Während also bei den Buchdruckern nur die Verhiltnißgünstigkeit und eventuell die technischen Verbesserungen, Sehmachinen, die Ursache des Ueberangebotes ist, kommen bei den Metallarbeitern oben erwähnte Thatsachen noch dazu, die Arbeitslosigkeit zu vergrößern.

Nun scheint sich der Vorstand auf seinen Versuch einer Arbeitslosenunterstützung zu setzen, allein ich glaube nicht, daß dieselbe so zuverlässig ist, wie es zu wünschen wäre. Ist es doch Thatsache, daß die große Masse zu indolent ist, um den Nutzen einer solchen Einrichtung zu erkennen und wahrzunehmen, und dann trifft dieselbe doch nur für die Mitglieder zu, die aber vielleicht nur 5 Prozent der in der Branche Thätigen ausmacht, und man rechne doch auch mit der Thatsache, daß es nicht gerade die besten Brüder sein würden, welche bei Einführung dieser Unterstützung unsere Reihen verließen würden, während andererseits gerade die vorgerücktesten der Genossen in Folge der höheren Beiträge nicht mehr im Stande wären, zu den anderen Kapten auch noch solche enorme Beiträge zu leisten. Denn es dürfte wohl Jeder zugeben, daß ein Arbeiter, welcher seine Slagenlage richtig erkannt hat, nicht nur die Pflicht hat, seiner Gewerkschaft anzugehören, sondern auch an der politischen Bewegung Theil zu nehmen und auch eine politische Arbeiterzeitung zu halten, auch die Parteiliteratur zu seiner Bekämpfung heranzuziehen und bei den Agitationen auf's Land nicht hinter dem Ofen sitzen zu bleiben. Dieses Alles ist jedoch mit Opfern verbunden und will ich, damit nicht mehr so leistungsfähiger Weise von Erhöhung der Beiträge gesprochen wird, einmal versuchen rednerisch festzustellen, was ein Verbandsmitglied jetzt schon wöchentlich zu leisten hat, wenn es seiner Pflicht als Glied der modernen Arbeiterbewegung genügen will:

Table with 2 columns: Contribution type and amount. Includes items like 'Verbandsbeitrag', 'Wahlvereinsbeitrag', 'Politische Arbeiterzeitungen', 'Eventuell "Rene Jean"', 'Sonstiges (intern. Bibliothek usw.)', and 'Transport'.

Transport M 1,01
Hierzu noch die allgemeinen Ausgaben:
Miethe, Feuer-, Kranken-, Sterbe-,
Altersversicherung, Steuern. M 2,50

Der Durchschnittsverdienst beträgt hierorts etwa 12 bis 15 M. Denjenigen, die einen höheren Verdienst erzielen, meist in Folge angelegentlicher Akkordarbeit oder Ueberstunden, stehen wohl ebenjoviele gegenüber, die selbst dieses künigliche Trinkgeld nicht erreichen. Es dürfte Jedem einleuchten, daß eine solche geringe Summe nicht hinreicht, die bei der Arbeit verbrauchten Kräfte zu ersetzen, was zur Bejtreitung obiger 3,51 M., sowie zur Beschaffung von Kleidung und Schuhwerk nöthig ist, muß aber noch davon abgedarbt werden. Falls es bei Verheiratheten nicht der Frau gelingt ein paar Mark dazu zu verdienen, was um so nöthwendiger ist, je mehr Köpfe die Familie zählt, während andererseits die Verdienstmöglichkeit der Frau sich in gleichem Maße verringert, dürfte das graue Geopent der Noth bald durch die Schreien guden. Dieses Elend ist ja auch ein Grund mit für den Indifferentismus der Masse und bestimmt es wenig sozialpolitische Einsicht, unter solchen Verhältnissen sich fortwährend für eine Erhöhung der Beiträge in's Zeug zu legen, da die Verhältnisse auch überall so liegen dürften wie hier.

Neben all dem Angeführten sorgen noch eine Anzahl Sammellisten der verschiedensten Art, Streiklisten, Delegirtenlisten, Beche bei Versammlungen um dafür, daß die Summe, die zum Verbrauch in der Familie schon an sich nicht ausreicht, sich immer mehr verringert, daß also gedarbt werden muß und daß erst recht eine minderwerthige Nahrung dazu beitragen muß, die Kräfte des Arbeiters vor der Zeit zu verbrauchen. Ich glaube nicht, daß Diejenigen ihre Zeit begriffen haben, deren Weisheit letzter Schluß ist: Mit den Pfennigbeiträgen muß gebrochen werden (Regien auf dem Gewerkschaftskongreß zu Berlin), sondern die Parole muß lauten: Mit möglichst niedrigen Beiträgen möglichst viel zu organisiren. Nicht der hohe Kassenbestand, sondern die Solidarität der Arbeiter untereinander sichern den Erfolg, was gerade die Puchdruckerbewegung am Anfang dieses Jahrzehnts bewiesen hat, welche trotz guter Klassen und hoher Beiträge erfolgreich blieb. Um aber viele, möglichst Alle, zu organisiren, müssen die Beiträge so gestellt sein, daß auch diejenigen Familienväter, deren Kinderzahl im umgekehrten Verhältniß zu den Einnahmen steht und die den Rückhalt in einer Organisation am nöthigsten haben, im Stande sind, dieselben zu leisten.

Ein weiteres Moment gegen die Einführung der Unterstützung liegt darin, daß dieselben wohl in Zeiten wirthschaftlichen Aufschwungs durchzuführen ist, was soll aber werden, wenn die Zeiten der Krisen wieder hereinbrechen, welche erfahrungsgemäß sich jetzt immer anhaltender äußern? Dann ist die Unterstützung nur geeignet, auch die bestfundirten Klassen zu ruiniren; oder hat man die Erfahrungen der englischen Maschinenbauer vor einigen Jahren schon wieder vergessen?

Die englischen Gewerksvereine, die ja freilich höhere Beiträge beanspruchten, haben doch wenigstens erst die Lage der in ihnen Organisirten zu verbessert, daß dieselben nun im Stande sind, diese Beiträge zu leisten, in Deutschland will man's umgekehrt machen, aber so, wie man kein Haus beim Dach anfängt zu bauen, sondern bei den Grundmauern, so wollen wir doch erst durch den Verband unsere Mitglieder in den Stand setzen, daß dieselben wenigstens menschenwürdig leben können und dann wollen wir einmal untersuchen, ob die Beiträge erhöht werden sollen, wenn nicht unterdessen der „Zukunftssinn“ uns dieser Sorgen enthebt. Also, wer es ehrlich meint und Vernunftgründen noch zugänglich ist, der baue in der angebotenen Weise aus und lasse die Hand von allen abenteuerlichen Plänen. Ich beantrage: Urabstimmung sowohl über Erhöhung der Beiträge als auch über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

da diese Fragen so einschneidender Natur sind, daß wohl die Handvoll Delegirte, vielleicht 80, nicht die Kühnheit sich anmaßen wird, die Entscheidung für 40000 Mitglieder zu treffen, denn jedes Mitglied hat die gleichen Pflichten, folglich auch die gleichen Rechte, um so mehr, als wir uns selber gern demokratisch nennen, im Gegensatz zu anderen Organisationen, in welchen die Mitglieder Ordre von oben herab zu pariren haben.

Zu dem „Antrag Diejeegang“ in derselben Nummer übergehend, die Beiträge prozentual zu erheben, möchte ich den Kollegen bitten, denselben wieder zurückzugeben, weil derselbe, statt eine heute bestehende Ungleichheit zu beseitigen, nur eine neue erzeugen würde und zwar, weil in größeren Städten der höhere Durchschnittslohn daher resultirt, daß die Lebensbedürfnisse größere und zum Theil Miethe) theurer sind als in kleineren; Derjenige, der in Berlin 15 M. verdienst, steht sich schlechter als der, der in Göttingen 15 M. oder noch mehr, verzinst, sogar über 30 M. Lohn erhält, möchte aber, da er sie in Berlin und nicht in Göttingen verzeihen muß, nach diesem Antrag einen höheren Beitrag leisten und bedarf es wohl nur dieses Hinweises, den Kollegen von der Ungerechtigkeits ihres Antrages zu überzeugen. Wichtig ist ja, daß auch andere jenseitigen gleichen Beiträge den gering Verdienenden höherer leisten, als den besser Gelohnten, doch dürfte bei den heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen es wohl kaum möglich sein einen Modus zu finden, der die Lagen gleichmäßiger vertheilt.

Zum Schluß stelle ich noch den Antrag: Anhebung des monatlichen Mantelgeldes von 10 M für den Hauptführer.

Und zwar aus dem Grunde, weil derselbe doch für seine Thätigkeit ein ansehnliches Gehalt bezieht und dieses Mantelgeld sich als eine unnothwendige Gehaltszulage herausstellt, indem dasselbe jedem Monat voll verfahren wird, gleichviel ob Mantel vorhanden ist oder nicht. Wenn darauf verzichtet wird, das leicht Frachtmann passen können und das Mantelgeld den Kapittler vor Gehaltsverlusten schützen sollen, so ist zu erwidern, daß ja das Gehalt dafür gezahlt wird, daß er Frachtmann vermag. Die Kapittler der Verwaltungen erhalten weder Mantelgeld noch Gehalt und doch müssen die Gelder sammeln, obgleich viel leichter ein Frachtmann vorzukommen kann, wenn eine Anzahl Personen um den Platz des Kapittlers konkurriren, um zu zeigen, während der Hauptführer doch näher am Geldschrank, Zählraum und Schalter

arbeitet, ein Versehen also so ziemlich ausgeschlossen erscheint. Auch ist unser erster Kassierer Goldbach ganz gut ohne Mantelgeld ausgekommen Göttingen. Alfred Scholz.

Zum Protest der Verwaltungen Frankfurt a. M. - Bockenheim gegen die vom Vorstand bestimmten Wahlabtheilungen.

In voriger Nummer ist ein Protest von den Frankfurter Verwaltungen enthalten, der dem Vorstand den Vorwurf macht, daß er Licht und Schatten nicht gleichmäßig bei Aufstellung der Wahlabtheilungen vertheilt habe. Auch ist dem Vorstand direkt ein Protest zugegangen, in dem behauptet wird, daß die Zahl der Mitglieder in Frankfurt und Bockenheim nahezu 1000 betrage und daher nicht ein, sondern 2 Delegirte zu wählen seien.

Zunächst scheinen die Kollegen in Frankfurt a. M. nicht daran zu denken, daß der Vorstand zur Zeit der Abrechnung der Wahlabtheilungen die Abrechnung vom 4. Quartal noch nicht in Händen hatte, sondern nur die vom 3. Quartal 1896 als Grundlage benutzen konnte. Und zwar geschah dies für alle Verwaltungen gleichmäßig, da es eine Ungerechtigkeits wäre, wollte man bei der einen Verwaltung diese, bei einer andern jene Quartals Abrechnung als Grundlage benutzen. Verlangt man aber vom Vorstand, daß er die Abrechnung vom 4. Quartal zu Grunde legt, so muß man dafür sorgen, daß die Generalversammlung nicht im Frühjahr, sondern im Sommer des Jahres stattfindet. Der Beschluß der letzten Generalversammlung besagt aber, daß die Generalversammlung im Frühjahr stattfinden soll. Ferner bestimmt § 17 Abs. 2, daß die Zwischenzeit zwischen zwei Generalversammlungen 2 Jahre nicht überschreiten darf. Die letzte Generalversammlung war im April, mithin muß die nächste ebenfalls im April stattfinden. Hebrigen ist bei allen bisherigen Generalversammlungen in derselben Weise verfahren worden, ohne daß es nur einer Verwaltung eingefallen wäre, dagegen zu protestiren.

Weiter bemerkt sich die protestirenden Verwaltungen auf § 15 Abs. 2, wonach auf je 500 Mitglieder 1, und sofern die Zahl durch 500 nicht theilbar, für die überschüssende Zahl, wenn dieselbe 250 oder mehr beträgt, ein weiterer Delegirter zu wählen ist.

Wie stellt sich nun die Mitgliederzahl in Frankfurt a. M. - Bockenheim etc.? Laut Angabe auf der Abrechnung vom 3. Quartal waren Mitglieder in

Table with 2 columns: Location and number of members. Includes Frankfurt, Bockenheim, and Spengler sections.

Diese Angaben sind aber entschieden zu hoch. Es sind in diesen Zahlen alle diejenigen enthalten, die, trotzdem sie wegen rückständiger Beiträge keine Rechte mehr an den Verband haben, nicht gestrichen wurden, sondern als Mitglieder von einem zum anderen Quartal mitgeschleppt werden. Dies ergibt sich, wenn man die Abrechnungen der betreffenden Verwaltungenstellen nur vom Jahre 1896 durchsieht. Wenn man aber aus den Leistungen der Mitglieder auf ihre Zahl schließen will, wäre es verfehrt, wollte man die höchste im Quartal angegebene Mitgliederzahl annehmen und auf diese die gezahlten Beiträge vertheilen. In den höchsten Zahlen befindet sich der Zugang, der nicht das ganze Quartal über fließt, weil er erst im Laufe des Quartals beigetreten ist.

Es ist also in den nachstehenden Berechnungen in den Verwaltungen, bei denen der Zugang den Abgang übersteigt, der Mitgliederbestand am Anfang des Quartals, und bei denen, wo der Abgang den Zugang übersteigt, die Mitgliederzahl am Schluß des Quartals in Rechnung gestellt worden.

Nach dieser für die Verwaltungen günstigsten Rechnungsweise ergibt sich für die protestirenden Verwaltungen folgendes Resultat:

Table with 5 columns: Quart, Mitgl.-Zahl, geleistete Beiträge, zu leistende Beiträge, Anzahl an Beitr., Beitrags-rückstand pro Kopf. Lists data for Bockenheim, Frankfurt a. M., and Spengler sections.

Hiernach stellen sich die Reize am Ende vom 3. Quartal 1896 wie folgt:

Table with 3 columns: Location, Mitgl.-Zahl, Rückstand. Lists Bockenheim, Frankfurt, and Spengler sections.

Zu § 5 Abs. 6a aber heißt es: Die Mitgliedschaft erlischt: wenn ein Mitglied am Wochenbeiträge schuldig und dieselben nach erfolgter Mahnung nicht entrichtet, oder bei nichtanzubringender Mahnung nach Ablauf der dreizehnten Restwoche.

Nach obiger Zusammenstellung restiren aber über acht Wochen:

in Bockenheim	137
" Frankfurt, Allgemeine	372
" " Zwengler	84
" " Mechaniker	—
Summa:	593

Dies wäre die Sachlage, wenn man das Statut streng durchführen wollte. Aber selbst wenn man nur diejenigen rechnet, die am Schluß des 3. Quartals mehr als 10 Beiträge restiren, so würden immerhin in

Bockenheim	137
Frankfurt a. M., allg.	293
" Zwengler	84

also im Ganzen 514

als Mitglieder bezeichnete Personen übrig bleiben, denen gegen das Statut die Berechtigung zu wählen zugehanden werden soll.

Diese 514 von den oben angeführten 922 in Abzug gebracht, ergibt sich ein tatsächlicher Bestand an Mitgliedern von 408, die nach dem Statut nicht mehr wie 1 Delegirten zu wählen haben.

Wie steht dem gegenüber die Sektion der Glaschmer in Nürnberg, von denen die Protestler behaupten, daß sie mit nur etwas über 300 Mitgliedern 1 Delegirten zu wählen hätte? Wir wissen nicht, aus welcher Quelle die Protestler schöpfen, vermuthen aber, daß ihnen die Mitgliederzahl vom letzten Quartal 1895 vorliegt, oder aber, daß ihr Gewährungsmann, der ihnen die Mitgliederzahl so hoch angegeben hat, übersehen hat, daß der Sektion auch weibliche Mitglieder angehören.

Die Abrechnungen der Sektion der Glaschmer Nürnbergs im Jahre 1896 ergaben nun folgendes Resultat:

Quart.	mitdritte Zahl	geleistete Beiträge	zu leistende Beiträge	Ueberschuß oder Ausfall an Beitr.	Beitragsrückstand pro Mitgl.
I.	289 m.) 11 w.)	300	3923	3900	+23
II.	348 m.) 88 w.)	434	5497	5642	-145 0,3 Wochen
III.	387 m.) 93 w.)	463	5398	6019	-621 1,3 "

Hieraus stellen sich die Reize wie folgt:

Es restiren . . . 434 Mitglieder 1,6 Wochen  
29 1,3

Mithin also kein einziges Mitglied mehr als statutarisch zulässig ist!

Da nun der Vorstand „Licht und Schatten gleichmäßig vertheilen“ zu müssen glaubte, konnte er denjenigen Mitgliedern, die keine Beiträge bezahlten, nicht das Recht einräumen, welches denen, die durch Zahlung ihrer Beiträge sich ihre Mitgliedschaft erhalten, als selbstverständlich zusteht. „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“ — das gilt nicht nur für die Unterstützung erhebbenden, sondern für alle Verbandsmitglieder. Den Reizenden wird das Reizgeld vorenthalten, wenn sie mit ihren Beiträgen mehr als 8 Wochen restiren, den übrigen Mitgliedern wird Unterstützung nach § 2c und Rechtshilfe verweigert und das Verbandsorgan entsagen. Warum soll der Vorstand den nichtzahlenden, in den Listen nur mit dem Namen figurirenden Kollegen das Recht, sich auf der Generalversammlung vertreten zu lassen, einräumen? Dies hieße die Saumseligkeit der Letzteren noch prämiiren!

Es wird nun noch in dem Prozeß die Frage aufgeworfen, ob der Geist der Arbeitslosenunterstützung über der Wahlkreiseintheilungsfeststellung schwebt?

Diese Frage mögen sich die Protestler selbst beantworten. Zweifelloß würde die Ansicht des Vorstandes über die Arbeitslosenunterstützung auch einige Anhänger mehr finden, wenn mehr Delegirte gewählt würden, weil dadurch auch den Anhängern des Ausbaues des Unterstützungswezens eher die Möglichkeit gegeben werden würde, ihre Anschauung durch einen Delegirten zum Ausdruck zu bringen. Sollten aber die Protestler meinen, daß der Vorstand den Glaschmern in Nürnberg einen Delegirten beizumessen habe, weil er von ihnen Unterstützung seiner Ansichten erwartet, so werden sie das Sprichwort ihrer Vermuthungen ohne Schwierigkeiten aus den Ausführungen des Kollegen A. Göß in Nr. 2 des Bl. herausfinden.

Nicht Interessentpolitik, sondern der Grundsatz: „Gleiche Pflichten — gleiche Rechte“ ist für den Vorstand bei seinen Maßnahmen bestimmend, denn nur so kann er „Licht und Schatten gleichmäßig vertheilen“.

Stuttgart, den 29. Januar 1897.

Der Vorstand des D. M. V.

### Der Ausstand der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona.

Fortsetzung des Streiks ist nach dem „Hamburger Echo“ am 30. Januar mit einer erdrückenden Mehrheit von den Hafenarbeitern und Seeleuten beschlossen worden. Je 72 von 100 Stimmen waren gegen die Aufnahme der Arbeit. Haben die Streikenden somit ihren festen Entschluß bekräftigt, trotz aller Opfer und Entbehrungen im Kampfe auszuhalten, so erwacht ihren Freunden die Pflicht, mit verdoppelter Kraft für die Unterstützung der Ausständigen einzutreten. Viel ist gethan worden, aber noch viel mehr muß gethan werden. Der Kampf der Hafenarbeiter und Seeleute wird nicht nur für diese gekämpft, sein Ausgang ist von ungeheurer Tragweite für die gesamte Arbeiterchaft. Der Arbeitgeberverband hat gezeigt, daß er sich die Grundzüge des König Erum ganz zu eigen gemacht; zwängt er die Arbeiter nieder, so wird er sich zum Vernichtungskampf gegen alle Arbeitervereinigungen rufen. Der Selbsthaltungstrieb muß die Arbeiter veranlassen, die Streikenden nach Kräften zu unterstützen. Aber nicht nur die Arbeiter sind am Ausgang des Kampfes interessiert; alle Volksschichten, welche nicht die unumwandelte Herrschaft des Geldes herbeiführen, müssen ihre Kräfte mit denen der Arbeiter vereinigen.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

In letzter Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß Anträge auf Ausschluß von Mitgliedern auf Grund des § 3 Abs. 7a und b des Statuts beim Vorstand eingereicht wurden, ohne daß den auszuschließenden Mitgliedern Gelegenheit zu ihrer Rechtfertigung gegeben worden ist. Da letzteres eine nur zu selbstverständliche Forderung der Gerechtigkeit, es aber nicht Jedem gegeben ist, in einer Versammlung Rede und Antwort zu stehen, hat der Vorstand beschlossen, jedem auf Grund des § 3 Abs. 7a und b auszuschließenden Mitgliede Gelegenheit zu geben, seine Rechtfertigung direkt beim Vorstände anzubringen und es ist deshalb notwendig, daß jedem Ausschlußantrage die Adresse des auszuschließenden, sofern uns diese nicht bekannt, beigefügt wird.

Folgende Mitgliedsblätter sind ungültig und aufzuhalten:

- Nr. 51119 des Schlossers Gustav Michaelis, geb. zu Schwiebus am 9. Sept. 1875.
- 74660 des Kesselmachers Theodor Dahme, geb. zu Hamburg am 19. Dezember 1875.
- 93193 des Schlossers Edmund Bernhardt, geb. zu Tauscha v. Leipzig am 7. Sept. 1875.
- 111888 des Formers Emil Gauditz, geb. zu Köpzig am 8. August?
- 118116 des Hilfsarbeiters Philipp Geisenhof, geb. zu ? am 26. Mai 1875.
- 127704 des Klempters Gustav Thamm, geb. zu Trübelin am 27. Mai 1864.
- 128996 des Drehers Theodor Eckertamp, geb. zu Bielefeld am 24. März 1876.
- 133253 des Schlossers Leonhard Müller, geb. zu Bayreuth am 20. Mai 1868.
- 133842 des Formers Philipp Richardt, geb. zu ? am ?
- 138160 des Gelbgießers Friedrich Köppe, geb. zu Halle a. d. S. am 26. Juni 1874.
- 141815 des Drehers Fritz Weckerheide, geb. zu Brackwede am 24. April 1875.
- 147057 des Plamirers Hugo Neubert, geb. zu Oberseiffenbach am 14. Oktober 1873.

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 7a: Auf Antrag der Verwaltung Brandenburg a. d. Havel die Schlosser:

- Franz Lüddecke, geb. zu Brandenburg am 10. Juli 1864, B. Nr. 98 909,
- Albert Schütze, geb. zu Leipzig-Neuditz am 3. Dez. 1875, B. Nr. 113 152,
- Friedrich Raabe, geb. zu ? am ?, B. Nr. 154 275,
- Emil Leichert, geb. zu Spiegel am 3. März 1877, B. Nr. 149 292,
- Otto Feuerherdt, geb. zu Jiejar am 2. Juni 1877, B. Nr. 141 508,
- weil sie gelegentlich des Streiks bei Siepe & Preeß trotz verhängter Sperre Arbeit genommen, bezw. sie nicht niedergelegt haben.
- Auf Antrag der Sektion der Klemptner in Hamburg die Klemptner:
- Herrn Wagner, geb. zu Mühlhausen am 14. Jan. 1877, B. Nr. 131 478,
- Alfred Böhm, geb. zu Hamburg am 26. Dezember 1871, B. Nr. 101 554,
- Otto Mittelmann, geb. zu Torgau am 22. Mai 1856, B. Nr. 131 488 und
- der Hilfsarbeiter Fritz Bajdien, geb. zu Ludwigslust i. M. am 15. April 1863, B. Nr. 147 299,
- weil sie während des Hamburger Hafenarbeiterstreiks als „Arbeitswillige“ haben anwerben lassen und auch die Arbeit angetreten haben.

Nicht wieder aufnahmefähig ist der Schlosser Oskar Grahl, geb. in Spandau am 18. Juli 1856, B. Nr. 119 802, weil er anlässlich der Lohnbewegung bei der Firma Bauhofer & Comp. in Baden (Nargau) Streikgelber unterzogen hat.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160H, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Der Schmied Friedrich Auer, geb. in Hals, Bez. Passau, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Verwaltungen, die dabei behilflich sein können, wollen dies gest. thun.

## Korrespondenzen.

### Formen.

Bielefeld. Versammlung der Sektion der Formen am 24. Januar. Es wurden zunächst 2 Kollegen zum Gewerkschaftskartell gewählt. Dann erhielt Kollege Huante das Wort zu seinem Vortrag: Wie stellen wir uns zur diesjährigen Generalversammlung. Der Redner unterzog den Antrag des Hauptvorstandes einer scharfen Kritik und wies nach, daß bei Zahlung von 25 „ pro Woche es gar nicht denkbar sei, eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen; man müsse vor allen Dingen erst dafür sorgen, daß man in Zukunft bei eventuellen Streiks die Kollegen zu lange unterstützen könne, bis sie den Sieg errungen hätten. In ähnlichem Sinne sprachen sich auch die anderen Kollegen aus und es gelangten folgende Anträge zur Generalversammlung zur Annahme: 1. den Beitrag in Zukunft von 20 auf 30 „ zu erhöhen. 2. den Hauptvorstand zu beauftragen, in Zukunft Mainmarken in Höhe von 50 „ herauszugeben. Diese Gelder sollen zum Streikfonds angekauft und darüber zu keinem anderen Zweck verwendet werden. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Sonntag, den 7. Februar, statt.

München. Die ausländigen Formier der Firma Landbeck versammelten sich am 23. Januar Abends im Restaurant „St. Peter“. Auch die Kollegen der übrigen Fabriken waren zahlreich erschienen, um über den Grund der Maßregelung des Kollegen Bedter Näheres zu erfahren. Bedter führte aus, daß er auf die Denunziation seines „lieben Kollegen“ Kaufmann hin entlassen worden sei und zwar lag der Entlassung folgendes Vorkommniß zu Grunde. Als bei Landeck die Arbeit weniger wurde, entließ die Firma 15 Kollegen. Eine Fabrikversammlung nahm den Antrag des „Kollegen“ Kaufmann, etwa verlangte Ueberstunden zu verweigern, einstimmig an. Man vermuthete damals in dem Vorgehen der Direktion einen Angriff auf die Organisation und da durchweg Kollegen entlassen wurden, welche beim vorjährigen Streik theilhaftig waren, wurde auch vom D. M. V. über die Firma Landeck die Sperre verhängt. Die Kollegen hielten den Beschluß, Ueberstunden zu verweigern, mit Ausnahme des ehemaligen Antragstellers Kaufmann, aufrecht. Dieser habe oft Mithat durchgearbeitet, was bei den Kollegen großen Unwillen erregte. Er (Bedter) sei deshalb von den Kollegen beauftragt worden, den Kaufmann auf die Inkonsequenz seiner Handlungsweise aufmerksam zu machen. Er (Bedter) habe demgemäß gehandelt, was Kaufmann Anlaß gab, ihn bei der Direktion zu denunziren. Als seine Entlassung zur Folge hatte. Der Streik gelte nicht seiner Person, denn er (Bedter) würde gerne auf jede weitere Beschäftigung bei Landeck verzichten, allein es müsse die Organisation gehalten werden. In einer Zuschrift an die Streitenden versuchte Landeck sein Vorgehen gegen Bedter zu rechtfertigen und stellt in Abrede, daß eine Maßregelung in Folge des letzten Streiks vorliege. Ferner stellt Landeck in dem Briefe in Aussicht, daß, wenn am Montag mit Ausschluß Bedter's nicht alle Formier die Arbeit wieder aufnehmen, er den erlittenen Schaden geltend machen werde. Die Versammlung beschloß jedoch, den Streik bei Landeck so lange aufrecht zu erhalten, bis Bedter wieder eingestellt und Kaufmann entlassen wird. Zuschriften an Otto Bedter, Hofenheimerstr. 51 H.

Nürnberg. Die Sektion der Formen des D. M. V. hielt am 10. Januar eine Mitgliederversammlung ab. Der Bevollmächtigte Breidtmühl erstattete den Jahresbericht für 1896, der Kassirer Gannert den Kassenbericht. Dem Kassirer wurde einstimmig Decharge ertheilt. Zu „Anträge zur Generalversammlung“ wurden von mehreren Rednern die von Kollege Breder in der „Metallar.-Ztg.“ veröffentlichten Anträge zur Sprache gebracht. Die Versammlung sprach sich gegen Einführung einer Arbeitslosenunterstützung sowie Erhöhung der Beiträge ganz entschieden aus. Die Sektion hat sich zur Aufgabe gemacht, sämtliche noch fernstehenden heranzuziehen, was ihr auch schon theilweise gelungen ist bei einem Wochenbeitrage von 25 „. Sollte nun die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden, so wäre unbedingt eine ganz bedeutende Erhöhung der Beiträge notwendig, was zur Folge hätte, daß die bereits gewonnenen Mitglieder uns wohl wieder den Rücken kehren würden und auch sehr wenige Ausnahmen mehr zu verzeichnen wären, da in Nürnberg noch eine Berufsorganisation besteht, bei welcher bloß 20 „ ein schließlich Sekretariatsbeitrag um pro Woche bezahlt werden. (Und die Delegirtensteuer und die Reizefondsmarken. Red.) Auch haben schon einige ältere Mitglieder erklärt, bei einer abermaligen Erhöhung unbedingt auszutreten. — Nachdem in Nr. 3 der „D. Metallarb.-Ztg.“ ein Artikel über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sowie Erhöhung der Beiträge, unterzeichnet vom Hauptvorstand, enthalten war, fand am 24. Januar eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Sektion statt. Es sprachen sich mehrere Redner dahin aus, daß es unbedingt nicht möglich sein könne, bei einer Erhöhung der Beiträge um 5 „ eine Arbeitslosenkasse aufrecht zu erhalten, sondern lediglich bei jeder Generalversammlung die Beiträge erhöht werden müßten und daß dann dieselben Kalamitäten sich wieder ereignen würden, wie es jetzt der Fall ist bei einer etwaigen Erhöhung auf 35—40 „. Die Versammlung erklärte sich deshalb auch gegen diesen Vorschlag und wünscht, daß die Zahlung an die Generalkommission eingestellt wird, da dieselbe zwecklos ist, das Geld könnte zu deraartigen Zwecken wie Arbeitslosenunterstützung verwendet werden. Die Versammlung erklärte sich auch mit der Eintheilung der Wahlabtheilungen in Nürnberg nicht einverstanden, da bis dato immer 6 Delegirte für Nürnberg gemeinschaftlich gewählt wurden; dieses Mal aber 4 Abtheilungen gemacht wurden, wovon die „Allgemeine Zahlstelle“, welche in der letzten kombinierten Verwaltungsverwaltung 1000 zahlende Mitglieder angab, sowie die Mechaniker 3 Delegirte wählen. Die übrigen 6 Sektionen wählen ebenfalls 3 Delegirte. In Hamburg sowie Berlin, wo 3 und 4 Delegirte zu wählen sind, ist auch nichts getheilt worden. Jedenfalls ist das in Nürnberg auf die gestellten Anträge zurückzuführen, um die Delegirten hiezu zu sichern. Bei Vorschlag eines Kandidaten wird beschlossen: Da die Sektion der Roth- und Glockengießer noch nicht auf der Generalversammlung vertreten war, den bereits aufgestellten Kandidaten von obiger Sektion, Kollegen Zeitzig, ebenfalls mit aufzustellen und von einem weiteren abzuziehen.

Schwelm. Der Streik der Formen bei Behn & Co. dauert fort. Der Zuzug ist strengstens fernzuhalten, da sich schon einige Streikbrecher gefunden haben.

### Klemptner.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung der Sektion der Klemptner am 20. Januar berichtete der Bevollmächtigte über den Stand des Hafenarbeiterstreiks und führte u. A. aus, daß in Polizei- und Justizregionen ein scharfer Wind weht, indem man jetzt auf die Streikenden mit aller Schärfe einzuwirken sucht: für jedes nicht auf die Waagidale gelegte Wort wird man beim Stragen genommen und vor den Richter geriet. Auch von unserer Sektion sind 4 Kollegen vorgeladen worden. Es ist deshalb dringend zu empfehlen, sehr vorsichtig zu sein und besonders das Wort „Streikbrecher“, nach dem bis jetzt kein Hahn gekraht hat, zu vermeiden. Man sage dafür „Arbeitswillige“. Hierauf wird beschlossen, von der Vereidigung, 3 Delegirte zum Kartell zu entsenden, sobald die Mitgliederzahl 500 übersteigen hat. Gebrauch zu machen; die Kollegen Birthoff, Schiller und Schauer werden hierzu gewählt, nachdem ein früherer Beschluß, wonach Vorstandswahlmitglieder keine Kartelldelegirten sein können, aufgehoben worden ist. Bei der Abrechnung vom 4. Quartal wurde konstatiert, daß unsere Mitgliederzahl in erfreulicher

Weise zugenommen hat, sie ist auf 541 gestiegen. Die Abrechnung wurde genehmigt. Dann wurde beschlossen, im Sommer eine Dampftour zu unternehmen. 3 Mitglieder werden als Festkomitee gewählt.

Metall-Arbeiter.

Altenburg. In der am 16. Jan. abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde, nachdem die Abrechnung vom 4. Quartal vorgelesen und für richtig anerkannt, der Jahresbericht erstattet, aus dem sich Folgendes ergab: Einnahme inkl. des Kassenbestandes von 221,88 vom 31. Dez. 1895 46487,28, Ausgabe 403,84, davon an die Hauptkasse 3700. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 1895 465, eingetreten 330, zugereist 63, abgegangen 192, Stand am 31. Dezember 1896 666. — Es ist nun Pflicht der Kollegen, auch in diesem Jahre für die weitere Ausbreitung des Verbandes einzutreten.

Apolda. Am 16. Jan. hielt Kollege Leber in einer hiesigen Mitgliederversammlung einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Deutschlands. Bei Beratung der Arbeitslosenunterstützung sprachen sich fast sämtliche Redner gegen dieselbe aus. Ein entsprechender Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Abhaltung einer Thüringer Konferenz wurde gutgeheißen.

Berlin. Die Quartalsversammlung der Verwaltung Berlin fand am 17. Januar statt. Zum „Geschäfts- und Kassenbericht“ für das 4. Quartal 1896“ wurde ausgeführt: Es fanden im letzten Quartal 6 große und 5 engere Vorstandssitzungen statt. Nach einem kurzen Rückblick auf die im verfloffenen Jahre zahlreich stattgefundenen Lohnbewegungen und Streiks wurde darauf hingewiesen, daß die Unternehmer sich immer fester zusammenschließen, um die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft geeint zurückweisen zu können; für uns erwache daraus die Pflicht, mit allen Kräften für die Stärkung unserer Organisation einzutreten. — Kassenbericht. Hauptkasse, Einnahme: Bestand vom 3. Quartal 12,30, Beitrittsgelder 30 3 = 40 183, Beitrittsgelder 20 = 5, Beiträge 20 = 3555,60, Beiträge 5 3 = 42,20, sonstige Einnahmen für Mailisten und Marken 1000, Summa 4798,10. Ausgabe: Reijegeld 62,53, Streifenunterstützung 568,75, Unterstützung nach § 2c 123, außerordentliche Agitation 326,10, an die Hauptkasse eingekandt 2100, an die Lokalkasse 25 Prozent 899,45, Bestand 718,27, Lokalkasse, Einnahme: 25 Prozent der Beiträge 899,45, Uebernahme von Vorstellungen, Vergütungen u. 238,50, Bestand vom 3. Quartal 15,59, Summa 1153,54. Ausgabe: Vergütung der Ortsbeamten, Vorstandssitzungen u. 422,45, Porto und Schreibmaterial 107,98, Drucksachen 17,50, Bureaukosten, Reinigung und Heizung 167,80, Bureaukosten u. 90,08, Vergütung der Hilfskassierer 41,20, Zeitungspedition 59,49, diverse Ausgaben 16,35, Defizit vom 2. Quartal 110,02, bleibt Lokalkassenbestand 120,67. Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. Oktober 3147 männliche und 349 weibliche, dazu kommen im 4. Quartal: Neuaufnahmen 610 männliche, 25 weibliche, zugereist 92, übertreten 16, abgereist 115, gestorben 2. Mitgliederstand Ende des 4. Quartals 3748 männliche, 374 weibliche. Die männlichen Mitglieder verteilen sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: 1202 Schlosser, 441 Klempner, 305 Dreher, 159 Gärtler, 104 Schmiede, 102 Mechaniker, 100 Formner, 91 Feilenbauer, 65 Schleifer, 80 Gelbgießer, 59 Fräser, 46 Buchhalter, 31 Schmittarbeiter, 21 Kerndmacher, 20 Nadler, 17 Schrauben- und Jacodreher, 16 Fräser, 15 Uhrmacher, 13 Kupferschmiede, 11 Rohrleger, 11 Heizer, 10 Metallschläger, 10 Graveure und Ziselure, 10 Hobler, 9 Instrumentenmacher, 6 Kesselschmiede, 4 Galvanisierer, 3 Gold- und Silberarbeiter, 3 Lackierer, 2 Zinn- und Zinngießer, 2 Messerschmiede, 1 Modellstecher und 818 sonstige Metallarbeiter. — Seitens der Revisoren wird die oft sehr nachlässige Beitragszahlung gerügt und darauf aufmerksam gemacht, daß Reistrende, sofern sie nicht in aller nächster Zeit ihren Pflichten nachkommen, gestrichen werden und dadurch auch aller Rechte verlustig gehen. Mit den gegebenen Berichten erklärte sich die Versammlung einverstanden und erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge. Hierauf wurden die Neuwahlen für den auscheidenden 2. Kassierer und zwei Revisoren vorgenommen. Ferner beschäftigte sich die Versammlung sehr eingehend mit der vom Hauptvorstand beantragten Arbeitslosenunterstützung. Fast allgemein war man der Ansicht, daß die aufgestellte Berechnung zu günstig angenommen und daß es bei schlechterer Geschäftslage wohl schwerlich möglich wäre, mit der beantragten Beitragserhöhung von 5 3 pro Woche Arbeitslosenunterstützung zu zahlen; es wurde auch weiter geltend gemacht, daß durch die Einführung derselben der Verband seinen eigentlichen Charakter verlieren und mehr ein Unterstützungsverein werden würde. Die Versammlung lehnte demnach auch gegen 6 Stimmen den Antrag ab. Die Beratung weiterer Anträge zur Generalversammlung wurde einer Kommission von 9 Personen überwiesen. In der beauftragten Wahl der Delegierten stattfindenden außerordentlichen Versammlung soll dann auch eine nochmalige Beratung über die Einführung eines Arbeitsnachweises stattfinden. Zum Schluß wurde noch die Wahl der Herbergskommission vorgenommen und verschiedene kleinere Anträge erledigt.

Bielefeld. Versammlung der Schleifer-Sektion am 22. Januar. Nachdem zwei Kollegen zum Gewerkschaftssekretär gewählt worden waren, wraoh Kollege Baum über den weiteren Ausbau des Metallarbeiter-Verbandes. Redner legte in seinem Vortrage es den Anwesenden ans Herz, für eine Errichtung der Organisation thätig zu sein, damit dieselbe als ein fester Ball dem Unternehmertum entgegenstehe. Redner erntete reichen Beifall für seine Ausführungen. Es wurden hierauf folgende Anträge für die Generalversammlung angenommen: 1. In Zukunft anzusetzen 20 3 25 3 Beiträge zu erheben ohne Arbeitslosenunterstützung. 2. Den Hauptvorstand zu beauftragen, in Zukunft, und zwar vom Jahr 1898 an, Neuwahlen in Höhe von 50 3 herauszugeben, diese dadurch gezammelten Gelder sollen einen Streifenfond bilden und nur zu Streifen verwendeter werden können. Sodann wurden noch die Kollegen Fr. Bunte und Hugo Theurer als Kandidaten zur Generalversammlung aufgestellt.

Briethra-Balag. Am 23. Jan. hielt die hiesige Verwaltungsstelle eine Versammlung ab. Es fand der Antrag des Hauptvorstandes betr. Erhöhung der Beiträge u. auf der Tagesordnung. Die Versammlung beschloß mit allen gegen die Stimmen des Bevollmächtigten sowie des

Kollegen Knobloch, den Antrag zu verwerfen und in folgender Resolution ihrer Meinung Ausdruck zu geben: „In Erwägung, daß die Arbeitslosenunterstützung von ortsanfässigen bedürftigen Mitgliedern so wie so von den einzelnen Verwaltungsstellen bisher noch nie verjäumt wurde, und der Verband im Falle einer größeren oder längeren Arbeitskrise in Deutschland, wie sie in den siebziger Jahren vorkam und voraussichtlich wieder kommen muß, selbst in eine Krise gerathen könnte, welche sogar die Existenz des Verbandes gefährdet, beschließt die Versammlung den Antrag des Hauptvorstandes in allen Punkten abzulehnen und die Beiträge in der alten Form beizubehalten.“ — Unsere Mitglieder machen wir aufmerksam, daß in der nächsten Versammlung Delegiertenwahl stattfindet.

Charlottenburg. Am 21. Jan. fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche sich mit der neuen Gründung der Unternehmer beschäftigte. Kollege Hohelack bewies, daß die Kühnemänner auf die Klempner- und Kupferschmiedemeister den unheilvollsten Einfluß ausübten. Redner kritisierte die Paragraphen der neuen Organisation, wonach die Kühnemänner es ablehnen, in zukünftigen Streiks mit einer Lokalkommission zu verhandeln. Aus dem Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission ging hervor, daß dieselbe ein Lustkunstbureau bei dem Genossen Dörre, Krummeierstr. 19, eingerichtet hat; dort können sich Arbeiter, welche mit den Unternehmern in Zwistigkeiten gerathen, Rath holen. In die Kommission wurden als Delegirte Menge und Guginski gewählt.

Chemnitz. In einer stark besuchten Versammlung der Metallarbeiter am 18. Januar im „Schützenhaus“ sprach Genosse Koh. Krause über: Die Mafregelung des Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes und das Verhalten des Vorstandes der Metallindustriellen. Er schilderte zunächst die Verhältnisse in der Sächsischen Maschinenfabrik. Zwei Schmiede der Sächsischen Maschinenfabrik seien entlassen worden wegen angeblichen Sammelns für die Hamburger Hafenarbeiter. Die Behandlung, welche einer der Entlassenen nun im Arbeitsnachweis der Chemnitzer Metallindustriellen erfahren habe, habe das bekannte Flugblatt für die letzte Versammlung veranlaßt. Nachdem diese Versammlung stattgefunden, hätte man ihn (Krause) auf die Polizei beordert und wegen der Verfälschung des Flugblattes befragt, während gleichzeitig in seiner Wohnung Hausdurchsuchung stattfand. In seiner bisherigen Arbeitsstätte sei ihm das Arbeitsverhältnis gekündigt worden, er hätte aber sehr bald Gelegenheit gehabt, im Jahrbau bei Schaubert u. Falzer wieder anzukommen. Um hier mit der Arbeit zu beginnen, habe ihm nur der Nachweischein vom Arbeitsnachweis gefehlt, welchen ihm der Vertreter des Nachweises verweigerte, weil der Industriellenverband erst eine Sitzung über seine Person abhalten müsse aus Anlaß des von ihm (Krause) herausgegebenen Flugblattes. Eine Beschwerde bei dem Direktor Schierand habe ihm, Krause, nur die Gewißheit gebracht, daß der Vorsteher des Nachweises zu seinem Vorgehen gegen ihn autorisirt war. So könne er also bei den Chemnitzer Fabrikanten keine Arbeit mehr erhalten. Die Chemnitzer Fabrikanten seien ausgezeichnet organisiert; möchten doch daraus auch die Arbeiter die Konsequenzen ziehen und sich straff organisiren. Die Arbeiter seien bereits beim Stadtrath eingekommen um Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises, und die Vorkommnisse der letzten Tage hätten gezeigt, wie nothwendig ein solcher sei. Redner verweist nun eine ganze Anzahl auf eine Aufforderung im „Beobachter“ an ihn gelangter Schreiben, in welchen man sich über den Arbeitsnachweis auf der Hartmannstraße bejchwerte. Krause erklärt, daß er die Schreiber dieser Briefe als Zeugen aufmarschiren lassen werde, wenn wirklich ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet werden sollte. Die Chemnitzer Industriellen verankern den Weltlauf ihres Industriezweiges den Arbeitern. (Beifall.) Sei dies richtig, dann müßten die Arbeiter darauf sehen, daß sie entsprechend geachtet würden. Das sei nur möglich durch die Organisation! Es seien schon Ausdrücke gefallen, wie z. B.: Wir müssen streiken. Aber das sei nicht nöthig. Wenn wir stark genug organisiert sind, dann können wir unsere Forderungen friedlich durchsetzen. Auf zur Organisation! (Stürmischer Beifall.) — Berger: Es sei Pflicht der Chemnitzer Metallarbeiter, eine Aenderung herbeizuführen. Dies gelänge am besten durch eine Petition an den Stadtrath zum Zwecke der Einführung eines städtischen Arbeitsnachweises, und zwar unter Verwahrung der Gewerkegerichtsbeizung. Redner bringt einen diesbezüglichen Antrag ein. Richter: Wenn die Chemnitzer Arbeiter sich rührten, könne es nicht schwer fallen, einen städtischen Arbeitsnachweis zu erringen. Die Metallarbeiter müßten sich organisiren. Man dürfe den gemäßigten Genossen Krause nicht allein stehen lassen. Der Vorsitzende Niemann fordert die Anwesenden auf, etwaige Beschwerden über den Arbeitsnachweis schriftlich dem Bureau zu übermitteln. Niemann stellt fest, wir haben es nicht mit der Person des Nachweisleiters zu thun, sondern mit dem Unternehmerverbande. Er hält nicht für nöthig, sich mit einer Witzschrift an den Stadtrath zu wenden, man solle besser die vielen Tausende in die Organisation bringen. (Beifall.) E. Niemann: Man solle sich in das Jahr 1871 zurückversetzen: damals sei Bewegung gewesen und die Metallarbeiter hätten sich derartige Dinge, wie sie heute vorgebracht, nicht gefallen lassen. Er schlage vor, Jahrbücher für Jahrbücher Versammlungen zu veranstalten. (Beifalliger Beifall.) Nachdem Krause erklärt hatte, die Gewerkegerichtsbeizung würden ohnehin bez. eines nächt. Arbeitsnachweises vorzuziehen werden, zieht Berger seinen Antrag zurück. Ueberdies ist es in sehr wichtiger Weise ebenfalls für die Stärkung der Organisation. Niemann bald Zeimann dem Verband angehören. Weber: Es sei in der letzten Versammlung eine Sachkommission gewählt worden. Diese solle man zunächst einmal vorfällig werden lassen, damit man sehe, wie sich die Fabrikanten dazu verhielten. Wenn Genosse Krause keine Arbeit mehr erhalte, so brauche er deshalb nicht zu verzagen. (Beifall.) Und wenn mehrere über die Mänge sprächen müßten, wenn Sie zum Verband gehen, werden wir sie alle halten können. (Bravo!) Niemann: Krause sei nicht der Erste, er werde auch nicht der Letzte sein, der über die Mänge sprächen müßte. Aber so schlimm sei es nicht, daß Krause auf die Landstraße müße, es werde sich schon noch ein Mädchen für ihn finden. Redner schließt dann, häufig vom Beifall der Zuhörer unterbrochen, die Verhandlung im Arbeitsnachweis. Wir haben das Recht

uns zu wehren und unsere Wehr ist die Organisation. (Stürmischer Beifall.) Leidenfrist, ein Angestellter der Sächs. Maschinenfabrik, spricht gegen eine Aeußerung Niemanns über das Verhältnis zwischen Arbeitsnachweis und Sächsischer Maschinenfabrik. Sie nähmen die Arbeiter, die ihnen pagten, kontrolliren ließen sie sich vom Arbeitsnachweis nicht. E. Niemann berichtigt seine Aeußerung. Niemann schlägt vor, man solle sich mit dem Werkmeisterverbande in Verbindung setzen, um zu hören, wie dieser über die Sache denke. Der Vorsitzende hielt das jedoch für zwecklos. Im Schlußwort fordert Krause energisch auf, der Organisation beizutreten und die Preise zu abonniren. Der Vorsitzende schließt die Versammlung, indem er bittet, der Hamburger zu gebentken und das Gehörte zu beherzigen. Mit brausenden Hochrufen auf den Metallarbeiter-Verband gingen die Versammelten gegen 12 Uhr auseinander.

Frankfurt a. M. Die allgemeine Verwaltungsstelle hielt am 9. Januar die Generalversammlung ab. Die Einnahme pro 1896 betrug 3376,52, die Ausgabe 3098,08, darunter für Reiseunterstützung, Streik- und Mafregelungs-Unterstützung, Unterstützung nach § 2c und Rechtschutz 544,23, an die Hauptkasse wurden eingekandt 1626,56, die Lokalausgaben betrugen 743,27. Es fanden 32 Vorstandssitzungen statt und 2 kombinierte mit den hiesigen Verwaltungen. Versammlungen fanden 22 statt, in welchen 12 Vorträge gehalten wurden. Öffentliche Versammlungen wurden 6 veranstaltet, deren Erfolg ein guter zu nennen war. Außerdem wurden 4 Besichtigungen von Museen u. vorgenommen. In Vergnügungen fanden ein Familienabend, ein Ausflug und das Stiftungsfest statt, welches trotz des ungünstigen Wetters gut abschloß. Die Betheiligung der Metallarbeiter an der Maifeier sei eine ungenügende gewesen; geschloffen nahmen bloß die Arbeiter der Mehr'schen Fahrrad-Werke Theil. Herr Meyer habe sich an die Verwaltung gewandt mit dem Ersuchen, dafür zu sorgen, daß sich seine Arbeiter von der Maifeier fernhalten. Doch die Meyer'schen Arbeiter würden sich hoffentlich ermannen und in Zukunft den 1. Mai feiern. Leider gehen die Beiträge nicht pünktlich ein; so stehen im Verhältnis zur Mitgliederzahl noch 12 Wochen aus. Die Beiträge zum Arbeiter-Sekretariat gehen sehr mangelhaft ein, und müssen auch hier Mittel und Wege gefunden werden, dem Uebel abzuhelfen. Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Jahres 269, am Schluß 524. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde Kollege Jakob Dejung, Heidestr. 12, 3. St., als Bevollmächtigter wiedergewählt, Baris als 2. Bevollm., H. Reuner, Hanauer Landstr. 66, als erster, und Turmelin als zweiter Kassier, zu Revisoren Krauß, Pfl und Kolb. Unter Beschiedenen wurde beschloffen, so lange der Hamburger Hafenarbeiterstreik dauert, die Beiträge um 20 3 zu erhöhen. Einer scharfen Kritik wurde das Verhalten der hiesigen Schlosser-Kasse unterzogen, weil dieselbe ein Stiftungsfest in der „Lilie“ veranstaltet. Die Kollegen sollen die Karten abweisen.

Freising. In der Versammlung am 24. Januar gab der Antrag des Vorstandes in Nr. 3 Anregung zur Diskussion. Sirtz fürchtet, es könnte durch die Arbeitslosenunterstützung eine Ausbeutung der Kasse stattfinden, hauptsächlich in den Großstädten würden Verheirathete arbeitslos sitzen bleiben, bis sie wieder Arbeit erhielten, während in kleinen Städten, wo bloß 1—2 Fabriken bestehen, ein Kollege keine Aussicht auf Arbeit mehr hat, in Folge dessen er abreisen muß. — Kollege Sirtz stellt einen Antrag zu § 2c, der angenommen wurde. Darnach soll den Ortsbeamten die Befugniß zustehen, eine Unterstützung zu gewähren. Auf Antrag des Kollegen Huber wird beschloffen, zu beantragen, daß in § 14 Abs. 7 statt 25 Prozent 15 Prozent zu setzen sei, denn es wäre nicht nothwendig, daß sich in allen Verwaltungsstellen die Ortsbeamten besolden lassen.

Fürth. In der am 23. Januar abgehaltenen kombinierten Mitgliederversammlung wurde der Antrag des Vorstandes: „Erhöhung der Beiträge und Einführung der Arbeitslosenunterstützung“ einer eingehenden Besprechung unterzogen. Nachdem Harjcher in einem längeren Referate einen ablehnenden Standpunkt vertreten hatte, wurde die Diskussion eröffnet. Die meisten Redner vertraten den ablehnenden Standpunkt und äußerten hauptsächlich schwere Bedenken wegen der praktischen Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung. Die Berechnungen des Vorstandes stießen auf allseitiges Mißtrauen, auch wurde der Vergleich unseres Verbandes mit dem der Buchdrucker einer scharfen Kritik unterzogen und darauf hingewiesen, daß unser erst wenige Jahre bestehender Verband mit dem seit 33 Jahren bestehenden der Buchdrucker einen Vergleich nicht aushalten könne. Für den Antrag trat nur ein Redner auf, der hauptsächlich darauf hinwies, daß man bei solch weittragenden Fragen nicht die kleinen Nachtheile, die zuerst in die Augen fallen, berücksichtigen dürfe, sondern die Wirkung auf die große Gesamtheit des Verbandes und der uns noch fernstehenden in's Auge faßen müsse. Die Abstimmung ergab mit großer Majorität die Ablehnung des Antrages. — Die Kollegen von Fürth fordern wir noch auf, daran zu denken, daß das Beitragszahlen allein nicht genügt, es ist auch Pflicht jedes Kollegen, die Versammlungen zu besuchen und für den Verband nach Kräften zu agitiren.

Erziburg i. B. In der Mitgliederversammlung am 23. Januar wurde Koch einstimmig als Kandidat gewählt. Es wurden zur Generalversammlung folgende Anträge gestellt: 1. Der Beitrag ist nicht zu erhöhen. 2. Die Zeitung hört vom 1. Juli ab auf obligatorisch zu erscheinen. 3. Der Metallarbeiter-Verband tritt aus der Generalkommission aus. 4. Die ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes findet alle 3 Jahre statt. — Wenn der Beitrag erhöht wird, werden die jungen, aufzunehmenden Kollegen Kasten nehmen, wenn es so viel kostet; aus demselben Grunde gehen die ansässigen und alten, verheiratheten Mitglieder nicht mehr in den Verband und die Stammmannschaft, die die Jungen beehren soll, fehlt. Die Zeitung wird kaum von einem Drittel der Mitglieder gelesen, die anderen werden in den Baviereforb geworfen; Derjenige der sie bezahlt, der liest sie auch. Die Generalkommission kostet viel Geld und hat keinen Werth. Die Generalversammlung kostet ebenfalls viel Geld und wäre es genügend, wenn sie alle 3 Jahre stattfindet.

Glückstadt. In der Versammlung am 16. Januar wurde zu: Wie organisiren wir uns? beschloffen, die Ortsverwaltung aufzulösen und einen Vertrauensmann zu wählen.

Als solcher wurde E. Eckhardt vorgeschlagen, als Revisoren die Kollegen Kröger und Brüning. Dann wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Mitgliederversammlung erhebt entschieden Protest gegen das dem 1. Bevollmächtigten A. Schmidt in der Gewerkschaftsversammlung ausgesprochene Mißtrauensvotum und erklärt zugleich, daß sich Schmidt bisher keine den Verband schädigende Handlungsweise hat zu schulden kommen lassen, sondern das Vertrauen der gesammten Mitgliedschaft besitzt.

**Sainholz.** In der letzten Mitgliederversammlung fand eine Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung statt. Welche kann nicht für eine Arbeitslosenunterstützung eintreten: 1) weil es sehr schwierig sei, eine genügende Kontrolle auszuüben; 2) weil man bei einer derartigen Unterstützung von dem Boden des Klassenkampfes abweichen und aufhören würde, eine Kampforganisation zu sein. Wir würden dadurch mehr in das Fahrwasser der Girsch-Dunder'schen Gewerksvereine segeln; 3) weil es fast unmöglich sei, bei der heutigen maschinellen Entwicklung der vielen Arbeitslosen genügend zu unterstützen. Redner schildert hierauf unter Beifügung zahlreicher Materials den Fortschritt der Technik und der kolossalen Entwicklung der Maschinen in den letzten Jahren, worunter gerade die Metallarbeiter am meisten zu leiden hätten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung spricht sich im Allgemeinen gegen eine Arbeitslosenunterstützung aus, weil sie es nicht für möglich hält, bei der heutigen Arbeitslosigkeit und fortschreitenden maschinellen Entwicklung genügende Unterstützung zu zahlen.“

**Barlsruhe.** In der am 23. Januar abgehaltenen kombinierten Mitgliederversammlung wurde Stellung genommen zur Generalversammlung. Hierzu waren folgende Anträge eingelaufen: 1. Zu § 20 Abs. 3: „Der Hauptkassierer hat vierteljährlich eine kurze Abrechnung (Gesamteinnahme und Gesamtausgabe nebst Mitgliederbestand) auf Grund der örtlichen Quartalsabrechnungen in der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen.“ — 2. Zu § 16 Abs. 5 und 6: Einzufügen: „Beschlüsse der Generalversammlung betreffend Beitragsleistung und Unterstützungsweisen sind den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten.“ — 3. „Die Generalversammlung ersucht den Hauptvorstand, bei Neuanschaffung von Büchern in dieselben von Seite 29 an (Einträge über Reisegeld) eine weitere Rubrik einzuführen, in welche ähnlich wie bei der Reiselegitimation die Gesamtsumme der erhaltenen Unterstützung einzutragen ist.“ — Der Antrag 1 wurde damit begründet, daß man nie genau weiß, wie viel Mitglieder vorhanden sind und man immer erst auf die letzte Jahresabrechnung zurückgreifen muß. Zu Antrag 2 wurde ausgeführt, daß es vom demokratischen Standpunkt aus nur zu begrüßen sei, wenn man in allen prinzipiellen Punkten die Mitglieder selbst entscheiden lasse. Die Delegierten können eben nicht allen Mitgliedern Rechnung tragen. Die Holzarbeiter haben die Urabstimmung und in der Schweiz ist sie gesetzlich eingeführt. Den deutlichsten Beweis für die Notwendigkeit dieses Antrags liefern ja die Parlamente; wenn der weitaus größte Theil des Volkes Forderungen stellt, werden dieselben dadurch, daß es nicht entsprechend seiner Stimmenzahl vertreten ist, zu Falle gebracht. Wir wollen nicht eine Sache, die wir im Prinzip vertreten, in der Praxis beiseite lassen. Antrag 3 findet darin seine Begründung, daß gewöhnlich die Klassenräuber eine Zeit zur Ausstellung der Reiselegitimation benötigen, wo der Aussteller nicht erst nachrechnen kann, ob der Betreffende bezugsberechtigt ist oder nicht und dadurch der der Klasse oft Schaden zugefügt. Ist eine solche Rubrik da, so ist es ein Leichtes, zu kontrollieren, ob der Kollege noch bezugsberechtigt ist oder nicht. Des Weiteren wurde noch ganz entschieden gegen jede Beitragserhöhung protestiert. Die Mehrzahl der Kollegen würde im Falle einer Erhöhung austreten und würde dann das Bestehen der Organisation hier in Frage gestellt sein. Als Kollege Breder mit dem Vorschlag kam, den Beitrag auf 40 A zu erhöhen, rief dies einen Sturm der Entrüstung hervor. Nun kommt der Hauptvorstand mit 25 A und rechnet aus, wie die Arbeitslosenunterstützung durchgeführt werden kann. Daß dies möglich ist, glauben selbst weniger Eingeweihte nicht. Wenn in einem Jahre 104 000 A angeammelt werden sollen, so müßten eben alle Mitglieder pünktlich zahlen. Dies ist aber jetzt schon nicht der Fall, und würden die Beiträge erhöht, so würde auch die Mitgliederzahl auf ein Minimum herabsinken, denn diejenigen, die den Beitrag bezahlen könnten, befinden sich meist in ständig Arbeit und sagen sich, wir brauchen keine Unterstützung, während diejenigen, die periodisch arbeitslos werden, die erhöhten Beiträge nicht bezahlen können. Man sollte doch eben auch die Lohnverhältnisse berücksichtigen. Mit einem Verdienst von 2 A pro Tag, wie es hier noch vorkommt, kann Niemand so hohe Beiträge leisten. Würde die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, so würde auch Mancher, der jetzt bei etwaigen Provokationen der Arbeitgeber ein Auge zudrückt, dann eben aufhören. Dazu kommen noch die notorischen Hummler; die Arbeitslosen würden eine so hohe Zahl erreichen, daß der Reservefond in kurzer Zeit ausgegeben wäre. Weiter ist da ausgeführt, daß sich die Arbeitslosen täglich melden müßten. Nun müßte gerade ein so glücklicher Kollege, der im Besitze eines eigenen Hauses ist, die Sache in die Hand nehmen, denn welcher Hausbesitzer würde es sich wohl gefallen lassen, daß ihm täglich 50 und noch mehr fremde Personen in's Haus ließen. Und würde der Kontrolleur auch täglich einige Stunden Zeit dazu übrig haben? Wir meinen, die Arbeitslosenunterstützung läßt sich nur konsequent durchführen, wenn sie der Staat in die Hand nähme. — Das Erhöhen der Beiträge scheint eben systematisch betrieben zu werden, erst von 15 auf 20 A, und wenn jetzt wieder erhöht wird, so kommt man das nächste Mal wieder. Wir verwahren uns also ganz entschieden dagegen. Wenn wir auf dem idealen Standpunkt angekommen sind, daß die Kollegen unter allen Umständen den Verband hochhalten, dann können wir mit derartigen Sachen kommen. Vorläufig wollen wir lieber etwas mehr agitieren, aber auch nicht in der Weise, daß aus dem höchsten Norden Agitatoren nach Süddeutschland kommen und umgeföhrt, sondern es gibt wohl in jeder Gegend Kräfte genug, die mehr Anklang finden und keine so großen Kosten verursachen. — Als Kandidat wurde Ober aufgestellt. Die nächste Versammlung findet am 6. Februar statt. Wir bitten die Kollegen, zahlreich zu erscheinen und den alten Schlandrian abzuschießen, denn es ist eine Lausheit bei uns eingetiffen, daß man sich schämen muß. Einige Kollegen be-

gnügen sich damit, am Bierisch Reibereien anzuzetteln. Ich glaube, die hiesigen Metallarbeiter hätten alle Ursache, sich um den Verband zu kümmern. Wenn aber in Establishments wie in der Hauptwerkstätte und Maschinenbauanstalt sich nur ganz vereinzelte organisierte Arbeiter befinden, könnte man meinen, diese hätten Alles, was wir anstreben, schon erfüllt. Daß dem aber nicht so ist, das beweisen die Klagebücher, die hier und da angestimmt werden. Also agitirt und besucht die Versammlungen!

**Siel.** In der am 20. Januar abgehaltenen kombinierten Versammlung traten sämtliche Redner prinzipiell für eine Arbeitslosenunterstützung ein, worauf folgender Antrag angenommen wurde: „Die Versammlung erkennt das Prinzip der Arbeitslosenunterstützung an, hält jedoch eine allgemeine Erhöhung der Beiträge auf 25 A nicht für angängig, sondern ist der Meinung, daß mit Einführung der Arbeitslosenunterstützung auch zu dem System prozentualer (soll wohl heißen: stufenweiser? Red.) Beiträge geschritten werden muß.“ Dann sprachen sich die meisten Redner gegen die in Aussicht genommene Konferenz aus, worauf der Antrag angenommen wurde, vor der Generalversammlung keine Konferenz abzuhalten.

**Mainz.** In der am 23. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden folgende Anträge zur Generalversammlung gestellt: 1. Die Versammlung kann sich nach der jetzigen Entwicklung des Verbandes nicht für Einführung der Arbeitslosenunterstützung erklären und lehnt dieselbe noch aus dem weiteren Grunde ab: würde dieselbe eingeführt, so würde unserer heutigen Gesellschaft auf Kosten der Arbeiter eine große Last abgenommen und der Verband müßte nothgedrungen bei einer schlechten Geschäftskonjunktur doch Bankrott machen, ferner würde dadurch nur eine Verschleppung unserer Forderungen herbeigeführt. 2. Der Generalkommission die Beiträge zu entziehen und die Gelder zur Durchführung von Streiks zu verwenden. 3. Die Beiträge sowie die Leistungen nochmals 2 Jahre zu belassen, indem nach dem Bericht des Vorstandes in Nr. 3 nach den jetzigen Beiträgen nur 39 Wochenbeiträge pro Mitglied geleistet werden. 4. Das Reisegeld ist durch die Ortsverwaltung oder dazu gewählte Personen auszuführen, indem durch das Auszahlen durch die Herbergswirthe Uebervorteilungen sowie Unregelmäßigkeiten vorkommen. — Die Anträge wurden einstimmig angenommen. Die Versammlung war von 40 Mitgliedern besucht. Liebmann wurde als Kandidat nominirt.

**Meißen.** In der Versammlung am 17. Januar verlas Kollege Fischer den Artikel des Vorstandes in Nr. 3 der „Met.-Arb.-Ztg.“ betreffs Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Hieran knüpfte sich eine Debatte, in welcher für und gegen die Einführung einer derartigen Unterstützung gesprochen wurde. Es wurde dem Vorschlag des Vorsitzenden, in der nächsten Versammlung über diesen Punkt weiter zu verhandeln, zugestimmt. — Folgende Anträge wurden angenommen: 1. Die Reiseunterstützung ist erst nach dreitägiger Karenzzeit auszuführen. 2. Die Generalversammlung findet alle drei Jahre statt. — Bei der Wahl des Bevollmächtigten fielen auf Fischer 16 Stimmen, Kallmeier 14, Rudolf 4, Strunz und Kieker je 1 Stimme. Viehner wurde zum Delegirten in's Gewerkschaftsstellwerk gewählt. — Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Eisengießerei von Alex. Schmidt (Gölln a. Elbe) schilderte Fischer. Fischer und Witow hatten einen Turbinenschieber gemacht; beim Ausheben des Stückes riß eine Kette, womit der Kasten an den Kran gehängt war, in Folge dessen fiel der Kasten mit dem Stück zu 1 Meter herunter. Das Stück war an mehreren Stellen gerissen, aber trotzdem wurde es gepulst und nach Dresden abgeliefert. Der Empfänger weigerte sich, daselbe zu nehmen, es kam nach ungefähr 8 Tagen aus Dresden zurück. Als das Lohnbuch in unsere Hände kam, bemerkten wir, daß der Schieber nicht verzeichnet war. Auf Befragen erklärte Herr Schmidt: „Der muß noch einmal gemacht werden.“ Auf die Frage, wie es mit dem Gelde für den Schieber stände — er brachte 48,30 — erklärte Herr Sch.: Was er nicht verkaufen könne, bezahle er nicht. Darauf aufmerksam gemacht, daß wir unerschuldigt, indem doch die Kette gerissen sei, erwiderte er: er müßte stets das Risiko tragen, wir wollten gar keines übernehmen. Wir erwiderten, daß wir Risiko genug trügen, wenn mal ein Stück einen Gußfehler hat. Da Herr Sch. sah, daß wir auf unserer Forderung bestanden, erklärte er: er bezahle den Schieber, wir aber sollten unsere Arbeit fertig machen und dann seien wir geschiedene Leute. „Denken Sie, ich bekomme keine Form?“ was wir bejahten. Darauf bemerkte Sch.: „Ich weiß; wenn Sie mich verflagen, daß ich bezahlen muß, aber um mir den Verrger zu sparen, bezahle ich Ihnen den Schieber und wir sind fertig.“ Als wir Donnerstags „fertig“ waren und vom Meister unsere Papiere verlangten, ging er in's Komptoir; als er daraus zurückkam, sagte er, wir sollten weiter arbeiten, der erste und der zweite Schieber würde bezahlt. Auf die Erwiderung, daß, wenn wir den zweiten Schieber machen, wir dann entlassen werden, meinte der Meister, das wäre nicht an dem. Wir haben den Schieber gemacht und ihn auch bezahlt erhalten. Darauf kam ein anderer Artikel (Drehscheiben) in Arbeit und diese wurden stets nach Gewicht bezahlt; es kamen aber 20 Stück davon und da wollte Herr Schmidt Stückpreis machen. Nach Gewicht brachte das Stück ungefähr 3 A, manchmal auch darüber; nach Stück wollte er aber bloß nach Aussage des Meisters 2 A geben. Wir haben uns geweigert, die Arbeit zu machen, aber 7 Stück waren schon fertig und erhielten wir für dieselben auch noch den alten Preis bezahlt. Es kam aber wieder andere Arbeit nach Zablone und wir sollten die Drehscheiben liegen lassen. Beim Auspacken der Drehscheiben ließ Kollege Witow die Worte fallen: „Ich mache keine Drehscheiben.“ Das hatte Herr Schmidt gehört. Der Meister sagte uns später, Herr Schmidt hätte sich dahin geäußert, wir brauchten nicht wieder anzufangen, er hätte für uns keine Arbeit mehr. In Folge dessen haben wir unsere Papiere geholt und sind gegangen. Bei Herrn Schmidt bestanden die sogenannten 14-Großschneiderei, das heißt für Modellarbeit 1,40 pro Zentner, für Schablonenarbeit 2 durchschmittlich. Es ist eine Handelsgelehrerei und diese hängt von der Saison ab. Wenn nun Arbeit kommt, wofür die Formner mehr verlangen, da sie es für den Preis nicht machen können, dann heißt es, ich kann meine Konstitution wegen einem Stück nicht umändern, die Preise bestehen schon 10 Jahre. Aber wenn Arbeit kommt, wo die Formner noch etwas verdienen können, da möchte Herr Schmidt Stückpreise

machen. — Es wurde der Antrag gestellt, über die Firma die Sperre zu verhängen. Dies wurde aber auch aus sachlichen Gründen bis auf Weiteres abgelehnt.

**Schildeke,** 24. Jan. Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung fand heute Nachmittag im Saale der Wittwe Strothente statt, welche nach einem Vortrage des Genossen Hoffmann über „den wirthschaftlichen Aufschwung und die Organisation der Metallarbeiter“, und nachdem Genosse Bunte die Verhältnisse in den Bielefelder Fabriken, besonders bei Koch u. Ko. und bei Baer u. Kempel, geschildert hatte, die Einrichtung einer Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für Schildeke beschloß. Es ließen sich 17 Mitglieder aufnehmen, und es wurde sofort ein provisorischer Vorstand gewählt.

**Stein (Ostpreußen).** In der Fahrradfabrik Streif ausgedrohen. Zuzug fernhalten.

**Wurzen.** Am 16. Januar hielten die Metallarbeiter eine öffentliche Versammlung ab, in welcher eine Diskussion über Arbeitslosenunterstützung stattfand. Kollege Böhme-Leipzig gab zunächst die Einleitung zu derselben; seine Meinung ging dahin, die Generalversammlung möchte dieselbe ablehnen; er ist aber für einen Unterstützungsfond wie in Leipzig, welcher sich gegenüber den Maßregelungen sehr gut bewährt habe. In der Debatte wurde zumeist befürchtet, daß durch die Arbeitslosenunterstützung eine Verflachung unserer Organisation eintreten könne, denn die uns jetzt fernstehenden würden dann nur wegen der Unterstützung beitragen. Schließlich wurde ein Antrag: „Die Arbeitslosenunterstützung nicht einzuführen“, gegen 3 Stimmen angenommen. — Aus dem Jahresbericht des Bevollmächtigten ist hervorzuheben: Einnahme 401,33, Ausgabe 376,56 darunter 196 an die Hauptkasse. Die Mitgliederzahl ist von 40 auf 70 gestiegen. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Kob. Müller, Querstr. 17, II.

**Schmiede.**

**Barlsruhe.** Am 6. Juni vor. Jß. wurde hier eine Sektion der Schmiede gegründet. Damals waren die Schmiede der hiesigen Waggonfabrik im Begriff, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, was auch nach stätigen Ausständen gelang. Auch waren damals die bei den Meistern arbeitenden Gesellen bereit, eine Regelung der Arbeitszeit und der Löhne baldmöglichst herbeizuführen. In der schwachen Beteilung seitens der Meistergesellen scheiterte dieser Plan. Wir hoffen nun, daß dieser Fehler durch rege Agitation im Laufe des Spätjahrs und Winters beseitigt würde und wir dann im Frühjahr als kräftige und starke Organisation mit einer Forderung an die Arbeitgeber herantreten könnten. Auch diese Hoffnungen sind zu Wasser geworden, denn unsere Versammlungen werden sehr schlecht besucht. Die Hauptschuld liegt an den älteren Arbeitern; statt daß diese die jüngeren zur Organisation anhalten, suchen sie dieselben theilweise davon abzubringen, und es wäre doch höchst nothwendig, daß die sogenannten Altgesellen den jüngeren mit gutem Beispiel vorangingen, um bessere Verhältnisse herbeizuführen. Statt daß die Kollegen alle 14 Tage ihre freie Zeit der Versammlung widmen, laufen sie lieber den Klub- und Bourgeoisvereinen nach. Verschiedene Kollegen der Firma Schmieder u. Maier, welche den Zustand im Juli mitgemacht haben, finden den Weg nicht mehr in die Versammlung. Auch ist ein Kollege da, welcher die Mitglieder bei jeder Gelegenheit abspensig macht, nicht allein bei den Schmieden, sondern auch bei den anderen Sektionen. Von solchen Gesellen dürfen sich die Kollegen nicht irre machen lassen. — Herr Schmiedemeister Geier vertritt das Lohnabziehen auch recht gut. Einem organisierten Arbeiter ist beim Arbeiten ein Zahn aus dem Rad der Bohrmaschine gebrochen. Der Arbeiter fragte Herrn Geier, ob er weiter bohren solle. Antwort: „Mache nur weiter“ — und somit ging das ganze Rad kaputt. Dem Arbeiter wurden dafür 7 A abgezogen. Es ist aber nicht allein in dieser Werkstelle so, sondern in mehreren. Kollegen, agitirt von nun ab mit Eifer, soß freies Wuth, damit wir im Frühjahr doch noch mit den nöthigen Forderungen an die Meister herantreten können.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).**

In dieser Woche ist der Verband der neuen Abreisverzeichnisse und der „Instruktionen für die örtlichen Verwaltungsstellen“ beendet. Sollte eine Filialverwaltung die Sendung nicht bekommen haben, so ersuchen wir, sofort bei uns zu reklamiren. Jeder Beamte unserer Kasse wird aufgefordert, die Instruktion genau zu beachten.

Hamburg, den 30. Januar 1897.

Der Vorstand.

**Berlin.** Trotz der spaltenlangen Aufklärung des Vorstandes in Nr. 2 bleibt für uns (und wir glauben auch für sämtliche Mitglieder unserer Kasse) nach wie vor eine Divergenz des Vorstandes über die Beschlüsse der Generalversammlung bestehen, und daß der Beschluß kein zweifelhafter war, gibt selbst Weisinger in Nr. 44 v. Jß. zu, ebenio Brandt in seiner Rede zu Bamberg, wo er sagte: „Nun haben Sie durch den eben gefaßten Beschluß mir meine lieb gewordene Filiale geraubt, die ich seit 12 Jahren verwaltet habe.“ — Wo ist nach dem Angeführten das Zweifelhafte? fragen wir nun den Vorstand. Also, nachdem die Generalversammlung ausdrücklich gegen 2 Stimmen sich dafür erklärte, daß kein Beamter der Hauptverwaltung ein Amt in einer Filiale bekleiden kann, duldet es der Vorstand, daß die Filiale Hamburg innere Stadt, nicht wie das Statut § 19 Abs. 4 bestimmt, im Juni die Wahl der Ortsverwaltung vornimmt, sondern am 25. Juli. Und dann bekräftigt er nach erfolgloser Wahl die Herren G. v. Brandt als Bevollmächtigten und Birner als Kassierer, trotzdem Ersterer 2. Vorsitzender, Letzterer Besitzer der Hauptverwaltung ist. Jetzt sind dieselben 7 Monate länger im Amt, als sie laut Beschlusse der Generalversammlung sein dürfen. Wenn nun der Vorstand glaubt, Stimmung für seine „gerechte“ Sache zu machen, wenn er über die bösen Berliner zeternd und sogar Drohungen ausstößt, so läßt uns dies vollständig kalt; wir haben nach reichlicher Ueberlegung nur das gethan, wozu sämtliche Mitglieder verpflichtet waren. Was nun das Wählen einer Kommission anbetrifft, so ist nach unserem Statut den Mit-

gleichen dies Recht nicht genommen und werden sie sich, dasjelbe auch schwerlich nehmen lassen. Im Uebrigen werden die Mitglieder wohl zur nächsten Generalversammlung Delegirte entsenden, welche dem Vorstand zeigen und sagen, was er zu thun hat. Damit ist für uns die Sache erledigt.

Deisinger schreibt in Nr. 2, die Berliner hätten ihm die Ehre angethan, eine Versammlung einzuberufen, um seine Ausführungen in der Hamburger Mitgliederversammlung zu kritisieren; er selbst hätte diese Ausführungen nicht für so bedeutend gehalten. Ob es bedeutend ist, einer Generalversammlung von 92 Vertretern nachzureden, sie hätte sich von einer Machination leiten lassen, darüber werden die Delegirten der nächsten Generalversammlung Deisinger schon Antwort geben, wir hielten es wenigstens für bedeutend, weil es mit der Würde eines Vorsitzenden bei Kaffe nicht in Einklang bringen können. Durch den Beschluß wollte die Generalversammlung nur verhindern, daß ein Kreis seinen Landrath, resp. seinen Schilfen in's Parlament schickt, wie es die Hamburger Mitglieder bisher gethan haben, und wozu Deisinger sie sogar noch aufmunterte, es trotz des Beschlusses der Generalversammlung zu thun. Was nun das "Lächerliche" der Berliner anbelangt, so war die beantragte Entscheidung Abs. 6 § 10 wohl auch lächerlich? Oder die Befürwortung? Bemerkten müssen wir noch, daß wir auf keinerlei Schimpferei Deisinger's mehr eingehen.

Die von den Berliner Mitgliedern gewählte Kommission. J. A. Ernst Fahrenwald.

Litterarisches.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, J. G. W. Dieck Verlag) ist jochen das 17. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zweihundertsebenundzwanzig Jahre - Klassenkampf und Kompromiß. Eine Antwort auf Giovanni Verdas Artikel über die Taktik der sozialdemokratischen Partei. Von Eduard Bernstein. - Kleine Briefe. - Moderne deutsche Lyrik. Von H. Ströbel. (Schluß). - Die Moskische Methode. Von J. Wehring. - Der zweite österreichische Gewerkschaftskongress. Von Dr. J. Ingwer. - Notizen: Liebesrecht über Marx. - Literarisches Rundschau.

An alle Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

richten wir die Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Herbergen für den Zeitungsverband angeben zu wollen, welche nicht zu vielen Aenderungen unterworfen sind, als dies in letzter Zeit der Fall war. Bei der stets größer werdenden Auflage würden viele Adressen den Zeitungsverband wesentlich erleichtern. - Ferner eruchen wir, alle Aenderungen so zeitig abzugeben, daß wir sie noch am Dienstag erhalten.

Die Expedition der „D. Met.-Arb.-Ztg.“

Briefkasten.

Hannover. Nicht der Mühe werth, davon nur Notiz zu nehmen.

Haarlem. In dem vierseitigen Versammlungsbericht ist keine einzige neue Thatsache enthalten; es ist nur Bekanntes reproduziert. Dafür haben wir aber, zumal jetzt, keinen Raum übrig. Wir konstatieren daher nur, daß die Versammlung der Stämmen von Kiel und Umgegend am 17. Januar eine Kommission wählte, welche in der beabsichtigten Streifung eine Resolution (wahrscheinlich gegen die zwei Vorsitzenden) auszuarbeiten und dem Ausschusse in Braunschweig einzubringen hat.

Meyer, Berlin, Uebowstr. Alles muß ein Ende nehmen. Wir machen Ihnen Helfer nicht, wenn Sie Parolen ausgeben wollen.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Ashaffenburg. Sonntag, 14. Febr., Nachm. halb 2 Uhr, im „Bayerischen Hof“. Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung.

Bamberg. Sonntag, 13. Febr., im Lokal. Delegirtenwahl zur Generalversammlung.

Bergedorf. Am 6. Febr. in „Stadt Schwerin“.

Böhm. Sonntag, 6. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Wwe. Fischer, Bahnhof-Präsident. Von da ab alle 14 Tage.

Bredow a. O. Sonntag, 7. Februar, Nachm. 3 Uhr, im Bredower „Schützenhaus“.

Breslau. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 13. Febr., Abds. 8 Uhr, bei Jabel, Kleine Gröbchengasse 15. Delegirtenwahl.

Breslau. Sonnabend, 13. Febr., bei Illner, Friedhofstr. 14. Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung. - Die Redanten werden ersucht, ihre Beiträge zu entrichten. Die Namen der wegen Beitragsrückstand geprüften Kollegen werden bekannt gegeben.

Essen a. Ruhr. Unsere Versammlungen finden von jetzt ab im Lokale des Herrn C. Spicker, Viehhofstr., statt. Nächste Sonntag, 7. Febr., Abds. 5 Uhr.

Fischerwalde. Sonnabend, 13. Februar, Abds. halb 9 Uhr, im „Deutschen Haus“.

Forst N.-L. Sonnabend, 6. Febr., bei Gau.

Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 6. Febr., Abds. 8 Uhr, im „Grünen Wald“, Allerheiligenstr. 26. Vortrag. Anträge zur Generalversammlung.

Großhagen. Donnerstag, 11. Febr., Abds. 8 Uhr.

Hagen i. W. Samstag, 6. Febr., bei Wwe. Wiese, Puppenbergstr. 1.

Hannover. (Allg.) Sonnabend, 13. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im H. Saale des „Ballhof“.

Hannover. (Sektion der Klempner.) Montag, 8. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im kleinen Saale des „Ballhof“.

Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 13. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Brendling, Lange Str. 2.

Harburg. Sonnabend, 13. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Röhrenhopf 1, Bergstr. Delegirtenwahl.

Karlsruhe. (Allg.) Die angekündigte Versammlung findet nicht am 6., sondern Sonntag, 7. Febr., Vorm. halb 9 Uhr bei Stahlbad statt.

Karlsruhe. (Sektion der Bauhofsler.) Samstag, 13. Febr., Abds. halb 9 Uhr, in der „Fortuna“.

Karlsruhe. (Sektion der Klempner u.) Sonntag, den 14. Febr., Nachm. halb 3 Uhr, im „Kuerhahn“, Schützenstr. 58.

Karlsruhe. (Sektion der Schmiede.) Sonntag, den 7. Febr., Vorm. halb 10 Uhr, in der „Eiche“, Augartenstr. 11. Lokalfrage.

Kiel. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 9. Februar, Abds. halb 9 Uhr, bei Ahrends, Alte Reihe 8. Vortrag. Stellungnahme zur Lohnfrage. Vorschläge von Kandidaten zur Generalversammlung.

Leer. Sonnabend, 13. Febr., punkt halb 9 Uhr. Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung. Revision der Bibliothek.

Linden. Mittwoch, 10. Febr., Abds. halb 9 Uhr, in der „Neuen Welt“. Wahl der Beisitzer zum Zentralwahlkomitee. Wahl des Delegirten zur Generalversammlung. Vortrag des Genossen H. Paul.

München. (Sektion der Schlosser u. Maschinenbauer.) Samstag, 6. Febr. im „Oberottl“. Vortrag.

Neumünster. Freitag, 12. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Kellermann, Plönerstr. Wahl eines Delegirten.

Nordhausen. Sonnabend, 6. Febr., Abds. halb 9 Uhr. Aufstellung eines Kandidaten. Bericht des Gewerkschaftsdelegirten. Eröffnungssitz. Öffentlich. Versammlung.

Nürnberg. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 13. Febr., im „Gold. Mörler“ (Döschmannsplatz).

Nürnberg. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr. im Café West.

Prinz. Sonnabend, 6. Febr., Abds. 8 Uhr, bei Hartgenstein. Winterergnügen betr.

Wormheim. Samstag, 6. Febr., Abds. 8 Uhr, im „Gold. Löwen“. Aufstellung des Kandidaten zur Wahl für die Generalversammlung. Tessenliche Versammlung. Abendunterhaltung. - Die resignierenden Mitglieder werden auf § 3 Abs. 6a aufmerksam gemacht.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Wormheim. (Sektion der Holzgießer u.) Samstag, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr, im „Deutschen Haus“. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

ersucht, den Beschluß betr. Unterstützung der Hafenarbeiter aufrecht zu erhalten.

Prinz. Ersuche den Metallgießer Philipp Mamm um seine Adresse. Max Schulze, Bevolm., Ebertstr. 42.

Sangerhausen. Um die Adresse des Schlossers Paul Kupfer, B. Nr. 99 359, wird ersucht.

Schwerningen. Adresse des Bevollmächtigten: Jakob Gula, Mechaniker, obere Bildackerstr.

Freie Vereine.

Döbeln i. S. (Metallarbeiterverein.) Sonnabend, den 13. Febr., auf der „Muldenterrasse“.

Öffentliche Versammlungen.

Eisenberg. Sonntag, 7. Februar, Nachm. halb 3 Uhr. öffentliche Metallarbeiterversammlung in Büsch's Restauration. Die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter und ihre Organisation. Referent: H. Leber-Jena.

Privat-Anzeigen.

Die Verwaltungen des D. M. V. werden ersucht, uns etwaige Anstände bei den in unserem Blatte Arbeiter suchenden Firmen sofort unter Angabe der Gründe zu melden.

Nachruf.

Sonntag, 21. Januar. starb unser Mitglied, der Feilen Schleifer

Georg Hellrich

an der Proletarierkrankheit. Möge ihm die Erde leicht sein.

Die Einzelmitglieder des D. M. V. in Chemnitz.

Nachruf.

Am 19. Januar verstarb plötzlich und unerwartet der Schlosser

Otto Junke.

Ehre seinem Andenken.

Die Sektion der Schlosser u. Maschinenbauer u. v. S. Braunschweig.

Tüchtige Ciseleure und Graveure.

möglichst solche, welche auch in Eisen gearbeitet haben, finden dauernde und lohnende Stellung.

Aug. Rieke, Deuben-Dresden.

Mehrere tüchtige Feinmechaniker für Reifzug zum sofortigen Eintritt gesucht. Solche, die selbständig arbeiten, werden bevorzugt. Offerten mit Lohnansprüchen und Zeugnisabschriften an Erporthaus Senefelder, Friedr. Krebs, Maschinenfabrik, Strauß a. M., Bornheim, Bergerstr. 213. [38]

Formen.

Noch 6 tüchtige Formen finden in der neuen Eisengießerei dauernde und lohnende Arbeit. Zu melden bei

34] Hugo Henschke, Formenmeister, Neumarkt i. D.

Suche sofort einen tüchtigen Feilen Schleifer (deutsches System). Otto Gühoff, Moskau i. M.

31]

Zwei tüchtige Feilenhauer gesucht. J. Sopolowsky, Feilenhauer und Schleiferei Trier.

39]

3-4 Feilenhauer auf B- und S-Feilen sofort gesucht. H. Michel, Darmstadt.

41]

Ein tüchtiger Feilenhauergeselle auf große Arbeit kann bei gutem Lohn dauernde Stellung erhalten. Reisegehalt wird vergütet. Herm. Baumgart, Feilenhauermeister, Guben.

33]

Ein Gelbgießer für Guß und Schraubstock (große Arbeit) wird zum sofortigen Eintritt gesucht.

32] W. Caplick u. Sohn, Senftenberg N.-L.

Im Falle der Schlosser Otto Bauer von Indragburg noch am Leben ist, wolle er seine Adresse unverzüglich senden an Frau Louise Treiber, geb. Bauer, v. Adr.: August Treiber, Feilenhauermeister, Dillstein (Baden).

35]

Der Metallarbeiter Franz Barthel, geb. 1. Aug. 18? in Schöneberg bei Berlin, wird ersucht, seine Adresse an seinen Bruder Hermann Barthel in Eisenburg wegen Familienangelegenheiten gelangen zu lassen. Auch Kollegen werden ev. um Angabe ersucht.

40]

Fahnen und Standarten (mit Handarbeit).

Für Cur-, Säger-, Schützen-, Feuerwehr-, Fach- u. Vereine fertige in künstlerischer Ausstattung nach Originalzeichnungen Vereins-Fahnen sowie Fahnenbänder, Pathenbänder, Erinnerungsbänder, Vereinsabzeichen, Fest- und Eintrittszeichen, Herren- und Damenschärpen usw., gediegenste Ausführung und Verwendung von Prima-Materialium.

Für jede von mir gelieferte Fahne, leiste ich zweijährige jährliche Garantie. Auf Wunsch sende Preis-Kurant gratis und franko. Zahlreiche feinste Referenzen.

Marg. Grillenberger,

Gold-, Silber- und Seiden-Sticker-Geschäft,

26] Nürnberg, Weizenstraße 12/1.